E+Z

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT E+Z
DEVELOPMENT AND COOPERATION D+C

Internationale Zeitschrift

ISSN 2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE 2022 11

PROTESTE
Heftige Unruhen erschüttern den Iran

BUNDESREGIERUNG
Grundrisse der feministischen Entwicklungspolitik

MEDIEN
Lüge und Wahrheit im Zeitalter des Internets

Hunger beenden

INHALT

www.DandC.eu
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
Inhaltsgleich: D+C Development and Cooperation

Editorial

3 **HANS DEMBOWSKI**
Bekämpfung des Hungers verdient oberste Priorität

Magazin

4 **SHORA AZARNOUSH**
Proteste im Iran stehen in einer langen Tradition der Auflehnung gegen autoritäre Herrschaft

6 **HANS DEMBOWSKI**
Bundesministerin Svenja Schulze erläutert auf einer Konferenz Grundzüge feministischer Entwicklungspolitik

7 **CANAN TOPÇU**
Was ich als türkische Einwanderin in Deutschland über Rassismus lernte

9 **INTERVIEW MIT DANNICA FLEUSS**
„Postfaktische Kommunikation birgt eine Gefahr für die Demokratie“

11 **MAREN VAN TREEL**
Verursacher müssen Kosten für umweltschädliches Wirtschaften tragen

13 **DERRICK SILIMINA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Betrugsmaschen unterhöhlen in Sambia das Vertrauen in digitalen Zahlungsverkehr

Debatte

15 **FELIX KUGELE**
Welche Unterstützung Afghanistan jetzt von den USA und deren Verbündeten benötigt

16 **ZOHRA COSIMA BENAMAR**
Was die Drosselung der Ölförderung durch die OPEC+ bedeutet

Schwerpunkt: Hunger beenden

19 **SVENJA SCHULZE**
Ernährungssicherheit und soziale Sicherung zusammen denken

21 **FRANCISCO MARÍ**
Finanzspekulationen führen zu hohen Lebensmittelpreisen

24 **ROLI MAHAJAN**
Wie Hirse dabei helfen kann, Indien nachhaltig zu ernähren

25 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
In Uganda ist Gentechnik im Agrarsektor bislang nicht geregelt

28 **INTERVIEW MIT MATHIAS MOGGE**
Nötig sind umweltfreundliche Produktivitätssteigerung in der Kleinlandwirtschaft sowie Ökologisierung der Großbetriebe

30 **PARVIZ KOOHAFKAN**
Uralte Agrartraditionen sind zentral für globale Ernährung

SCHWERPUNKT

Hunger beenden

Vielerorts schwindet die Ernährungssicherheit. Zu den Gründen gehören Corona-Lockdowns, Russlands Angriff auf die Ukraine und Spekulation, aber auch klimabedingte Ernteausfälle. Extremwetterlagen kommen immer häufiger vor und beeinträchtigen mit der Landwirtschaft auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Mangelnde soziale Sicherung und schlechte Infrastruktur verschärfen die Probleme – und zwar besonders im ländlichen Raum. Das zweite UN-Ziel für nachaltige Entwicklung ist, den Hunger zu beenden. Das wird zur Zeit schwerer, ist aber weiterhin möglich, wenn die Politik entschlossen handelt und international gut kooperiert.

Titelseite: Die orange Süßkartoffel ist in Ostafrika beliebt.
Foto: picture-alliance/photothek/Thomas Imo

Unser Schwerpunkt zum Thema Ernährungssicherheit beginnt auf Seite 18. Er hat direkten Bezug zum zweiten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): den Hunger beenden. Es hat zudem Auswirkungen auf die gesamte SDG-Agenda.

Höchste Priorität

Das Ende des Hungers bis 2030 ist das zweite UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal). Es scheint derzeit außer Reichweite zu geraten. Während Corona-Lockdowns litt die Ernährungssicherheit vielerorts, und der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Probleme verschärft. Rohstoffhandel an Börsen soll Preisschwankungen lindern, aber unerwartete Schocks können – wie jetzt erlebt – Höchstkurse verursachen. Die Zahl derer, die humanitäre Hilfe brauchen, wächst, und selbst in Ländern mit hohen Einkommen brauchen immer mehr Menschen karitative Tafeln.

Bisher produziert die Weltgemeinschaft eigentlich genug Lebensmittel, aber sie werden nicht gut verteilt. Viele arme Menschen können sich nicht kaufen, was sie brauchen. Inflation verschärft solche Nöte jetzt. Obendrein versagt die Versorgung oft in Kriegsgebieten, wie etwa dem Jemen. Mittelfristig wird die Landwirtschaft aber womöglich nicht einmal mehr theoretisch genug Nahrung produzieren. Dazu können wachsende Umweltprobleme sowie das Wachstum der Weltbevölkerung führen. Das aktuelle System muss überholt werden.

SDG2 verdient also höchste Priorität. Auch wenn es paradox erscheint, muss die Politik sich auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft in abgelegenen Gebieten benachteiligter Weltregionen konzentrieren. Von ihr hängt die globale Ernährungssicherheit ab. Der erste Grund ist, dass agrarische Gemeinschaften dort besonders arm und von Mangel bedroht sind – meist ohne Förderung, Infrastruktur oder soziale Sicherung. Das muss sich ändern.

Der zweite Grund ist weniger bekannt: Trotz ihrer Armut hüten diese Gemeinschaften unverzichtbare Ressourcen. Über die Jahrhunderte haben ihre Praktiken Landschaften mit stabilen Ökosystemen geschaffen, deren Kollaps zu zusätzlichen Umweltschäden führen würde. Sie haben auch Pflanzen und Tiere gezüchtet, die an das jeweilige Ökosystem gut angepasst sind.

Dieses Erbe darf nicht verloren gehen, denn kommerzielle Firmen nutzen diese genetischen Ressourcen zur Züchtung von Hochertragssorten. Da die biologische Evolution nie anhält, müssen Nutzpflanzen weiter angebaut werden, um ihre Eigenschaften nicht zu verlieren. Sich nur auf Genbanken zu verlassen ist riskant.

Derweil verdrängt die industrielle Großlandwirtschaft die kleinbäuerliche Landschaft. Sie dominiert auf destruktive Weise die Landnutzung. Große Höfe produzieren billigere, aber weniger vielfältige Rohstoffe. Kostengünstige, verarbeitete Lebensmittel, die in Städten beliebt sind, enthalten meist viel Fett, Zucker und Salz, aber wenig Proteine und Vitamine. Traditionelle Dorfdiäten sind dagegen recht abwechslungsreich und gesund – mit verschiedenen Arten von Obst und Gemüse, Getreide, Fleisch und Fisch.

Allerdings wächst die Bevölkerung, und die Kleinbetriebe produzieren oft nicht mehr genug. Ihre Produktivität muss ökologisch gesteigert werden, wozu Forschung beitragen muss. Derweil muss die Großlandwirtschaft umweltverträglich werden. Dafür darf aber nicht einfach die Nutzung von Dünger und Pestiziden plötzlich gestoppt werden, wie das kürzlich in Sri Lanka probiert wurde, als dem Rajapaksa-Regime die Devisen für Importe ausgingen. Das Resultat waren schmerzhafte Produktionseinbußen, nicht nachhaltiger Wandel.

Die Fachwelt diskutiert all das seit langem. Die aktuelle Krise ist Anlass, umzusteuern. Mit dem nötigen politischen Willen ist das SDG2 erreichbar. Andernfalls eskalieren große Probleme weiter.

HANS DEMBOWSKI ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Foto: picture-alliance/photothek/Thomas Imo

Parviz Koohafkan ist Gründer und Präsident der World Agricultural Heritage Foundation. Für die FAO (UN Food and Agriculture Organization) entwickelte er das Konzept des wichtigen Agrarerbes und stellte 2002 beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg die Initiative Globally Important Agricultural Heritage Sites (GIAHS) vor. In dieser Ausgabe führt er aus, warum traditionelle Agrargemeinschaften für die Welternährung zentrale Bedeutung haben (S. 30).

Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.

Viele Iranerinnen haben Kopftücher satt.

FRAUENRECHTE

Mutige Jugend stellt sich Autokraten-Regime entgegen

Ob die Protestbewegung im Iran Erfolg haben wird, ist im Moment unklar. Sie dauert nun schon seit Wochen an, trotz des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte.

Von Shora Azarnoush

Am 13. September 2022 brach eine junge Frau in einer Polizeistation in der iranischen Hauptstadt Teheran zusammen. Vier Tage später tanzte ihr Vater an ihrem Grab einen traditionellen kurdischen Trauertanz. Während die Behörden schnell eine Vorerkrankung für Jina Mahsa Aminis Tod verantwortlich machten, verbreiteten sich Gerüchte, sie sei in Polizeigewahrsam geschlagen worden. Die Polizei hatte sie verhaftet, weil sie ihr Kopftuch „zu locker" getragen haben soll. Viele Menschen sind überzeugt, dass Amini durch Polizeigewalt starb. Ein häufig geteiltes Video zeigt, wie Frauen bei Aminis Beerdigung ihre Kopftücher abnehmen und umherschwingen. Im ganzen Land kam es zu Protesten.

Die Hälfte der 85 Millionen Menschen im Iran ist unter 30. Sie sind mit Internet und Smartphones aufgewachsen. Viele sind gut ausgebildet. Diese Generation will politische Freiheit und wirtschaftliche Chancen und hat kein Interesse, einer religiös-dogmatischen Regierung zu dienen, die ihre Ideale und Werte nicht teilt.

Vor allem junge Frauen haben es satt. Sie sind der strengen Kleiderordnung überdrüssig und wünschen sich Freiheit in allen Lebensbereichen. Ihre Situation ist oft absurd. Mehr als die Hälfte der Studierenden an iranischen Universitäten sind weiblich. Doch obwohl Frauen etwa als Lehrerinnen, Ärztinnen und Anwältinnen arbeiten, erreichen sie nur selten Führungspositionen.

EINE GESCHICHTE DER PROTESTE

Im Iran gab es immer wieder große Proteste. 1979 stürzte ein Volksaufstand den Schah Reza Pahlewi und führte die Islamische Republik ein.

1999 protestierten Studierende, nachdem eine Zeitung geschlossen wurde, die vom damaligen reformorientierten Präsidenten Mohammad Chatami unterstützt wurde. Die Proteste wurden innerhalb einer Woche niedergeschlagen.

Zehn Jahre später brachen Proteste aus, nachdem bei den Präsidentschaftswahlen 2009 ein „Erdrutschsieg" für den konservativen Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad verkündet wurde. In Teheran gingen mehr als eine Million Menschen auf die Straße. Die Proteste weiteten sich auf andere Großstädte aus, und die Botschaft wandelte sich schnell von der Forderung nach fairen Wahlen hin zur Abschaffung der Islamischen Republik. Tatsächlich wurde der Ruf der Revolution von 1979 wieder laut: „Tod dem Diktator". Die Sicherheitskräfte

Foto: picture-alliance/Reuters/wana news agency

des Regimes schlugen die Proteste brutal nieder.

Ende 2017 kam es zu einer weiteren Protestbewegung, ausgelöst durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage. Der reformorientierte Präsident Hassan Rouhani musste das Budget für Sozialprogramme kürzen. Bald forderten Menschen das Ende des politischen Systems. Die Sicherheitskräfte gingen hart dagegen vor – wie auch Ende 2019, als Menschen gegen eine kräftige Erhöhung der Benzinpreise auf die Straße gingen. Die Forderung nach einem grundlegenden Wandel wurde wieder gewaltsam zum Schweigen gebracht.

Die jungen Menschen, die jetzt für ihre Freiheit kämpfen, sind entschlossen, das Regime zu Fall zu bringen. Sie haben von ihren Eltern gelernt, dass es sie dem Leben, das sie sich wünschen und das sie verdienen, nicht näherbringt, wenn sie lediglich Reformkandidaten wählen. Frühere Proteste wurden sowohl unter reformistischen als auch unter konservativen Präsidenten mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Das liegt daran, dass der gewählte Präsident zwar eine einflussreiche Position innehat, das eigentliche Machtzentrum aber beim nicht gewählten Rahbar (oberster Führer) der Islamischen Republik liegt. Das Sagen hat Ali Khamenei, der dieses Amt seit dem Tod des ersten Rahbar, Ruhollah Khomeini, im Jahr 1989 bekleidet.

Tatsächlich regiert Khamenei das Land. Dabei stützt er sich nicht nur auf die Verfassung, die ihn zum Oberbefehlshaber des Militärs und der paramilitärischen Organisationen macht, sondern er profitiert auch vom Gewohnheitsrecht und informellen Netzwerken, die seine Machtposition stärken. Mit ihm verbundene Personen kontrollieren die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Irans – und profitieren davon.

Die junge Generation erhob sich gegen das Regime, als Amini, die in ihrem Alter war, in Polizeigewahrsam starb. Eltern und Großeltern schlossen sich an.

RATLOSE WESTLICHE REGIERUNGEN

Westliche Regierungen sind ratlos. Sie zögern, die Proteste zu unterstützen, weil sie ihre Bemühungen um eine Wiederbelebung des „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans“ (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) nicht gefährden wollen. Der Vertrag stellte das iranische Atomprogramm unter strenge Beschränkungen und Überwachung, um das Land am Erwerb von Atomwaffen zu hindern. Er wurde jedoch unwirksam, als der damalige US-Präsident Donald Trump 2018 den Rückzug der USA aus dem Abkommen ankündigte und die im Rahmen des Abkommens aufgehobenen Sanktionen wieder in Kraft setzte.

Trotz der vorsichtigen Aufhebung der Sanktionen im Rahmen des Abkommens befand sich die iranische Wirtschaft weiter auf Talfahrt, was die Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger auf mehr Wohlstand nach Umsetzung des JCPOA zunichte machte. Auch ihre Hoffnung auf eine graduelle Verbesserung ihrer sozialen und politischen Freiheiten durch die Wahl reformorientierter Regierungen wurde zunächst enttäuscht und dann sogar zerstört, als das konservative Establishment alle reformorientierten Kandidaten von den Stimmzetteln für die Präsidentschaftswahlen 2021 strich. Proteste sind die letzte Karte, die sie in der Hand haben, und sie sind entschlossener denn je, sie auszuspielen.

Zum jetzigen Zeitpunkt, Mitte Oktober, ist es unmöglich zu sagen, ob die Proteste das Regime endgültig stürzen werden oder ob sie nur eine weitere Runde sind im Kreislauf von Protest, gewaltsamer Niederschlagung und Friedhofsruhe. Die Proteste dauern mittlerweile seit mehreren Wochen an, und die Niederschlagung durch das Regime hat ihre Intensität nicht sichtbar beeinflusst.

Ein Update der Ereignisse bis Ende Oktober findet sich im Kasten unten.

SHORA AZARNOUSH
lebt als Journalistin in Bonn.
shora.azarnoush@gmail.com

Aktuelle Entwicklung

Trotz zunehmender Gewalt durch die Sicherheitskräfte protestieren auch sieben Wochen nach dem Tod von Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam Menschen in großer Zahl gegen das iranische Regime. Die traditionelle Trauerphase von 40 Tagen ist um, aber die Oppositionsbewegung hält an. Das ist nicht zuletzt insofern bemerkenswert, als Hossein Salami, der Chef der für ihre Brutalität berüchtigten Islamischen Revolutionsgarde (IRG) am Samstag, dem 29. Oktober sagte, dies werde der „letzte Tag“ mit Krawallen sein. Am nächsten Tag gab es landesweit wieder Demonstrationen.

Die Repression ist hart. Schätzungen zufolge wurden bisher rund 250 Menschen getötet. Ende Oktober griffen Sicherheitskräfte ein Krankenhaus und Studierendenwohnheime der Kurdischen Universität für Medizin an, wobei es viele Festnahmen gab. Beobachter sprachen daraufhin von einer Geringschätzung der Gesundheitsberufe. Dass als Reaktion ein Streik angekündigt wurde, zeigt, dass Einschüchterungsversuche verpuffen.

In Europa hatte Salamis Rede dagegen Folgen. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock kündigte einen Tag später schärfere Sanktionen an und teilte mit, in Zusammenarbeit mit der EU werde die Einstufung der Revolutionsgarde als terroristisch erwogen. Sie stellte klar, derzeit liefen auch keine Verhandlungen über die Erneuerung des Nuklearabkommens.

Die iranische Diaspora äußert in vielen Ländern mit Unterstützung dortiger zivilgesellschaftlicher Gruppen ihre Solidarität mit den Protestierenden im Iran. Sie fordert zudem, die internationale Gemeinschaft müsse mehr tun, um das fundamentalistische Regime in Teheran zu isolieren. Mahnwachen und Demonstrationen finden in vielen Ländern statt. In Berlin versammelten sich am 22. Oktober rund 80 000 Menschen.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau nahm am 30. Oktober in Ottawa an einer Demonstration teil. Seine Regierung meldete, sie werde Führungsfiguren der Revolutionsgarde die Einreise künftig verweigern. SA

Protestierende in Iran.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Bundesministerin Schulze äußert sich zu Feminismus

Ende September veranstaltete das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Konferenz über die Förderung von Frauenrechten in Berlin. Ministerin Svenja Schulze erläuterte dabei ihr Verständnis von Feminismus.

Von Hans Dembowski

Schulze ist seit Dezember im Amt und spricht von Anfang an von „feministischer Entwicklungspolitik". Nun erläutert sie, was das heißt, und betont Gleichberechtigung. Überall, wo Frauen gleichermaßen Verantwortung übernehmen, seien Entwicklungsergebnisse konsistent besser. Das gelte für alle Indikatoren, unter anderen für Einkommen, Gesundheit und Bildung.

Überall wollen Frauen Schulze zufolge Gleichberechtigung. Das gelte auch für Nordafrika und den Mittleren Osten, wo es um Frauenrechte oft schlecht bestellt sei. Aktuelles Beispiel sind die Proteste iranischer Frauen.

Gleichberechtigung sieht Schulze als Menschenrechtsfrage. Eine freie und gerechte Gesellschaft müsse alle Formen von Diskriminierung beenden, also sei ihr Ansatz intersektional. Als Sozialdemokratin bekämpfe sie Ungleichheit und wolle keine Minderheit ausgegrenzt sehen. Frauen und Mädchen stellten aber mehr als die Hälfte der Menschheit und würden dennoch oft marginalisiert.

Schulze sagt, es müsse öffentliches Bewusstsein geschaffen und gezielt gehandelt werden. Das sei nicht nur eine Aufgabe des Staates, auch Zivilgesellschaft und religiöse Institutionen müssten mitwirken.

Die Ministerin hat das BMZ angewiesen, noch stärker als bisher auf Geschlechtergleichstellung zu achten. Bis 2025 soll der Anteil aller Vorhaben, die dazu auf die eine oder andere Weise beitragen, von heute rund 60 Prozent auf 85 Prozent steigen, wofür 93 Prozent aller neuen Vorhaben auf dieses Ziel ausgerichtet würden.

Historisch gebe es den Feminismus schon lange, sagt Schulze. Zwar sei einiges erreicht worden, aber es bleibe noch viel zu tun. Sie fordert entschlossenes Handeln, denn sie wolle nicht warten. Von Friedenspolitik bis Klimagerechtigkeit hingen bessere und dauerhaftere Ergebnisse davon ab, dass Frauen ihre Beiträge leisteten.

Sexuelle und reproduktive Rechte haben aus Schulzes Sicht zentrale Bedeutung. Selbstbestimmung beginne beim eigenen Körper. Das Wohlergehen von Familien hänge davon ab, dass Frauen entscheiden könnten. Wo Frauen und Mädchen gleiche Bildungschancen verwehrt würden, litten ganze Volkswirtschaften. Frauen seien nicht bloße Opfer, sondern trieben Wandel voran.

Schulzes Feminismus richtet sich nicht gegen Männer, sondern will diese einbeziehen – nicht zuletzt, weil sie in vielen Ländern noch den Ton angeben. Es gelte, sie zu überzeugen. Der Jugend gehöre die Zukunft, also müsse sie mitreden. Einander zuhören sei wichtig, und Eurozentrismus müsse vermieden werden.

Schulze verspricht, diese Vorstellungen in internationale Zusammenarbeit und Bündnisse einzubringen, und sieht sich dabei von der ganzen Bundesregierung unterstützt. Außenministerin Annalena Baerbock vertritt ebenfalls feministische Perspektiven. Schulze zufolge hat auch Kanzler Olaf Scholz sich als Feminist bezeichnet.

In Berlin begrüßte Spogmay Ahmed vom Washingtoner International Center for Research on Women den feministischen Anspruch Deutschlands. Sie betonte aber, geförderte Gruppen sollten nicht nur Geld empfangen, sondern müssten die Politik mitbestimmen und Maßnahmen als ihre eigenen betrachten.

Alvaro Bermejo von der International Planned Parenthood Federation (IPPF) findet Schulzes Appell zum Handeln richtig. Da rechtsgerichtete Strömungen darauf erpicht seien, reproduktive Selbstbestimmung zu begrenzen, müsse jetzt schnell gerannt werden. Fortschritt werde nämlich in schnellen Sprints und nicht in langen Marathons erreicht. Sein Heimatland Spanien habe gezeigt, dass Wandel lange unmöglich erscheinen mag, dann aber plötzlich eintrete.

Laut Sima Bahous von UN Women ist die Menschheit derzeit nicht auf Kurs, um bis 2030 Gleichberechtigung im Sinne des fünften UN-Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal) zu erreichen. SDG5 sei aber zentral für die gesamte Agenda. In diesem Kontext lobte sie Deutschland dafür, der wichtigste regelmäßige Geldgeber von UN Women zu sein.

HANS DEMBOWSKI ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Social Media

RASSISMUSERFAHRUNG

„Ich definiere mich nicht als Opfer“

Unsere Autorin kam als Kind aus der Türkei nach Deutschland. In ihrem Essay beschreibt sie, wie sehr sie vom Rassismus in ihrem Herkunftsland verstört ist, in das sie nach acht Jahren wieder reiste. Sie erinnert sich an den Weggang aus der Heimat und die Ankunft in der Fremde und beschreibt ihre sehr persönliche Sicht über Identität, Rassismus und Ausgrenzung.

Von Canan Topçu

Eigentlich ist es eine private Reise in die Türkei; die „professionelle Deformation“ lässt es aber nicht zu, abzuschalten und einfach mal nur Urlaub zu machen. Stattdessen nutze ich jede Gelegenheit, um mich mit Einheimischen auszutauschen. Mit wem ich auch spreche: Alle klagen – vor allem über die täglich steigenden Lebenshaltungskosten. Und früher oder später schimpfen fast alle auf syrische Flüchtlinge.

Sie bekämen jede Menge finanzielle Unterstützung vom türkischen Staat, während die bedürftigen Landsleute leer ausgingen. Sehr viele Menschen in der Türkei glauben ernsthaft, dass es sich die syrischen Flüchtlinge im Land so richtig gut gehen lassen. Was ich in fast jeder Unterhaltung zu hören bekomme: dass sie sich „wie die Karnickel vermehren“. Die hohe Geburtsrate – angeblich sechs Kinder pro Familie – gehöre zur Strategie, und wenn es so weitergehe, dann würden die Syrer in 20 Jahren die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei bilden.

UNGEHEMMTE FEINDSELIGKEIT

Die Verschwörungserzählung von der Umvolkung gibt es also auch in der Türkei, und sie wird weitgehend unhinterfragt weitergegeben. Einer meiner Gesprächspartner schickte mir, um seine Aussagen zu untermauern, ein Video, in dem eine namhafte türkische Journalistin „Fakten“ zu Flüchtlingen vorträgt. Egal, ob es akademisch gebildete Menschen sind oder Tagelöhner ohne Schulabschluss: Aus ihren Mündern sprudelt ungefilterter Rassismus. Diese ungehemmt und unhinterfragt artikulierte Feindseligkeit in der Türkei macht mich fassungslos.

Gespräche darüber zu führen, warum die syrischen Flüchtlinge für all die Miseren im Land verantwortlich gemacht werden, ist sinnlos, denn all die Menschen, mit denen ich hier im Austausch war, scheinen die syrischen Flüchtlinge als Sündenbock zu brauchen. Auf diese Weise kommen sie darum herum, sich den wahren Ursachen der ökonomischen Krise in der Türkei zu stellen: der Vetternwirtschaft und des zerbröckelten Rechtsstaats.

Ganz ehrlich: Ich bin sehr froh darüber, nicht in der Türkei zu leben. Und ich bin meiner Mutter dankbar, dass sie als junge Frau und dreifache Mutter den Mut aufbrachte, nach Deutschland zu kommen. Angeworben von einer Schokoladenfabrik, machte sie sich 1972 auf den Weg in ein Land, über das sie kaum etwas wusste. Sie wurde nicht vorbereitet auf das Leben und Arbeiten in Almanya. Und ich wiederum nicht auf ihren Weggang.

Ich war sieben Jahre alt, meine Schwestern waren neun und zwölf, als mein Vater die Mutter nach Istanbul zum Flughafen begleitet hat. Vater folgte der Mutter ein paar Monate später, meine mittlere Schwester und ich kamen zu den Großeltern ins Dorf, meine älteste Schwester ins Internat. Ein Jahr später holten die Eltern uns nach.

Auch nach 50 Jahren kommen mir die Tränen, wenn ich über die Zeit spreche, in der meine Eltern nach Deutschland gingen und uns zurückließen. Migration ist ein

Canan Topçu 1972 in der Türkei, kurz vor ihrer Migration nach Deutschland. Sie ist mit ihrer Klassenlehrerin in Gemlik, südlich von Istanbul, auf dem Schulgelände zu sehen.

Foto: Privat

Trauma, das mich ein Leben lang begleitet. Und trotzdem: Ich lebe sehr gerne in Deutschland. Denn hier konnte ich die werden, die ich geworden bin.

Ich hatte Chancen, konnte den Beruf ergreifen, den ich wollte, und Vorlieben und Talente entdecken. Das alles wäre in der Türkei so nicht möglich gewesen, auch aufgrund der finanziellen Situation meiner Eltern. Auf meinem Weg haben mich viele Menschen unterstützt – auch deshalb fühle ich mich Deutschland zugehörig. Und dieses Gefühl ist nichts, was mir gewährt werden muss oder aberkannt werden kann. Ich habe es mir selbst angeeignet.

Vieles in der aktuellen Rassismusdebatte kann ich nicht nachvollziehen. Nein, ich empfinde es nicht als Ausgrenzung, wenn ich gefragt werde, woher ich komme. Wenn ein Kollege, mit dem ich schon öfter telefoniert habe, nicht sofort weiß, wer ich bin, führe ich das nicht auf meinen türkischen Namen zurück. Als ich vor etwa 30 Jahren nicht sofort ein Volontariat bekommen habe, vermutete ich nicht Rassismus als Grund und versuchte es woanders noch einmal. Schließlich klappte es – unter anderem deshalb, weil mich einige der jetzt so oft geschmähten „alten weißen Männer“ unterstützten.

MEHR DIFFERENZIEREN

Damit kein Missverständnis entsteht: In Deutschland gibt es Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten. Menschen werden aufgrund ihres Aussehens, ihrer Religion oder anderer Merkmale ausgegrenzt. Leider erleben sie auch Gewalt, und manchmal endet sie tödlich. Ich wohne in Hanau unweit der Orte, an denen ein Rechtsextremist am 19. Februar 2020 neun Menschen aus Hass auf Nicht-Deutsche ermordete. Ich habe die Folgen des Attentats direkt miterlebt.

Doch es wird zu wenig differenziert, und schneller, als ich es für sinnvoll halte, werden rassistische Motive unterstellt. Für mich ist es ein Unterschied, ob ein dunkelhäutiger Mensch bespuckt und getreten wird oder ob eine Person gefragt wird, ob sie Urlaub in der „Heimat“ gemacht hat, weil man von ihrem Äußeren darauf schließt, dass sie nicht aus Deutschland stammt.

Ich weiß, wie tief es einen verletzt, wenn man ausgegrenzt wird und sich ohnmächtig fühlt. Ich kann mich gut daran erinnern, wie es war, als ich in der Grundschule nicht genug Deutsch konnte, um

den Lehrern verständlich zu machen, dass ich neugierig war und in der Tasche eines Mitschülers nur etwas nachschauen und nichts stehlen wollte, wie mir unterstellt wurde. Ich weiß noch, wie es war, von einem Klassenkameraden im Unterricht als „Kümmeltürkin“ beschimpft zu werden – und der Lehrer nicht eingriff. Ich erinnere mich aber auch daran, wie ich aufstand, dem Jungen eine knallte und mich wieder hinsetzte.

Ich habe mir Diskriminierung nicht gefallen lassen. Mich zu wehren, hat mir meine Mutter beigebracht. Ich hatte es oft nicht leicht, umso mehr freue ich mich über das, was ich erreicht habe. Seit mehr als 25 Jahren engagiere ich mich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Auch deshalb kommt es mir nicht in den Sinn, mich als Opfer zu definieren. Dadurch würde ich mich ja selbst kleinmachen oder mich auf meine Verletzbarkeit reduzieren. Doch genau das tun einige aus den postmigrantischen Gruppen, die die Rassismusdebatte bestimmen. Folgt man ihren Schilderungen, ist Deutschland durch und durch rassistisch und auf strukturellem Rassismus aufgebaut. Die „Weißen“ sind nach ihrer Logik die Täter und die „Schwarzen“ – mal als Hautfarbe, mal politisch verwendet als Synonym für Minderheiten – die Opfer.

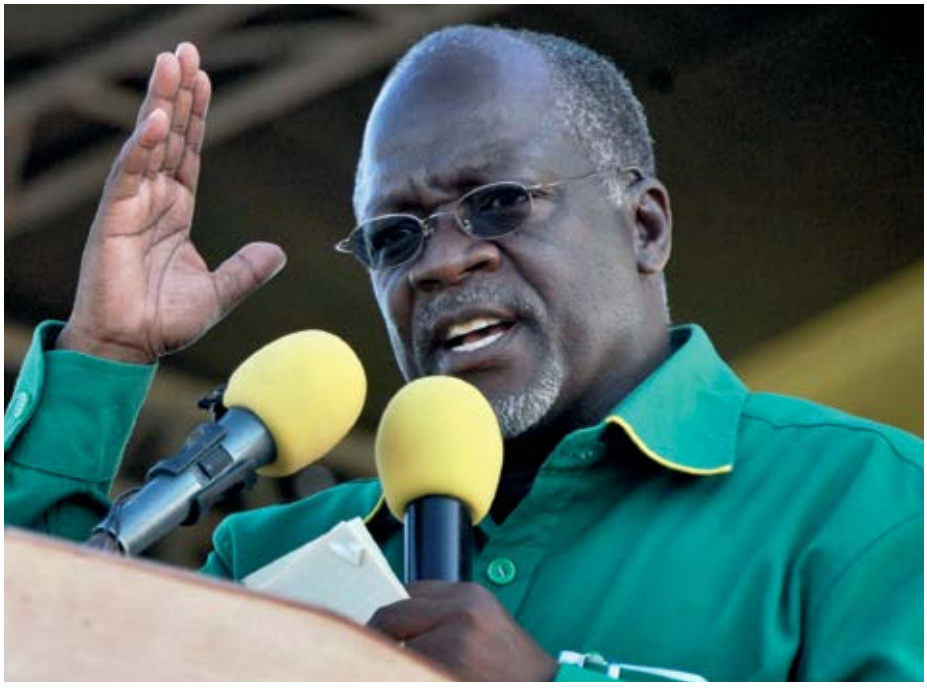
Die Welt in Schwarz und Weiß aufzuteilen entspricht nicht meinem Menschenbild. Niemand ist nur Täter oder nur Opfer, Menschen aus Minderheitengruppen sind nicht per se benachteiligt oder die besseren Menschen. Auch sind nicht alle „Weißen“ privilegiert. Wer das behauptet, blendet die individuellen Lebenswege komplett aus und ignoriert, dass – um in der Antirassismus-Terminologie zu bleiben – auch „weiße“ Menschen sich sozial, kulturell und wirtschaftlich abgehängt fühlen und es tatsächlich auch sind. Herzenswärme und Gewissen haben nichts mit Status zu tun und erst recht nichts mit Hautfarbe. Diese Eigenschaften den vermeintlich Privilegierten abzusprechen schadet dem gemeinsamen Engagement für eine gerechtere Gesellschaft.

Und darum muss es uns allen doch gehen: dass jede und jeder hier frei leben kann, nicht beurteilt wird nach dem Namen, nach der Hautfarbe und Herkunft; dass alle die gleichen Chancen bekommen und gerecht behandelt werden. Davon sind wir leider noch entfernt. Aber gewinnt man Verbündete, indem man Menschen vor den Kopf stößt? Ich beobachte im privaten und beruflichen Umfeld, dass Anschuldigungen und generelle Rassismusvorwürfe bei den einen zu Schuldgefühlen und Mitleid führen, bei anderen zu Abwehr und Weghören. Auch deshalb bin ich für das Abwägen von Für und Wider und für Besonnenheit im Umgang miteinander. Versäumnisse gilt es mit Bedacht nachzuholen. Dass jetzt auf jedem Werbeplakat und in jeder Firmenbroschüre dunkelhäutige Personen oder Frauen mit Kopftuch abgebildet werden, ist mir zu plakativ und zu platt.

Statt von einem Extrem ins andere zu verfallen, sollten wir das Verbindende suchen. Das gemeinsame Erleben von kulturellen Ereignissen schafft – so eine Erkenntnis der Neurowissenschaft – Zugehörigkeit und zwischenmenschliche Verbundenheit.

Das Identitätsmerkmal „rassistische Erfahrung“ reicht meiner Meinung nach als sozialer Kitt nur bedingt. Wie aber können wir erreichen, dass junge Leute ihre Identität nicht über ihre Diskriminierungserfahrungen definieren? Die Schulen können das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Dafür brauchen wir mehr und besser ausgebildete Lehrkräfte und Sozialarbeiter und mehr Zeit, um mit den Jugendlichen zu diskutieren und mit ihnen gemeinsam kulturelle Ereignisse zu gestalten und zu erleben. Schulen sollten nicht nur Wissen vermitteln, sondern mehr als bisher soziale Kompetenzen trainieren, Wege aufzeigen, wie man Konflikte löst und gewaltfrei kommuniziert. Das Leben in einer diverseren Gesellschaft gilt es zu lernen und einzuüben.

CANAN TOPÇU
ist freie Journalistin, Dozentin und Autorin. Sie hat das Buch „Nicht mein Antirassismus: Warum wir einander zuhören sollten, statt uns gegenseitig den Mund zu verbieten. Eine Ermutigung.“ Quadriga 2021, veröffentlicht.
c.topcu@schreibenundsprechen.eu



Der mittlerweile verstorbene ehemalige Präsident John Magufuli hat die Meinungsfreiheit in Tansania stark eingeschränkt.

DEMOKRATIE

Fake News sind nicht alternativlos

Seit einigen Jahren werden die Themen Fake News und Desinformation in der Öffentlichkeit diskutiert. Viele sprechen vom „postfaktischen Zeitalter". Was es damit auf sich hat, ob die Demokratie in Gefahr ist und welche Strategien dagegen helfen, erläutert die Politikwissenschaftlerin Dannica Fleuß im E+Z/D+C-Interview.

Dannica Fleuß im Interview mit Maren van Treel

Seit jeher kommen Lügen in Politik und Öffentlichkeit vor. Warum ist seit einiger Zeit von einem „postfaktischen Zeitalter" die Rede?

Neu sind zwei Aspekte:

- Bei postfaktischen Aussagen ist oft unklar, ob es sich um Lügen im klassischen Sinne handelt. Nach der philosophischen Definition ist eine Lüge eine Aussage, von der der Sprecher glaubt, dass sie unwahr ist und die er in der Absicht äußert, zu täuschen. In vielen Fällen wäre es treffender, postfaktische Sätze als „Bullshitting" zu bezeichnen, wie es der US-Philosoph Harry G. Frankfurt nannte. Das sind Aussagen, bei denen die Sprechenden nicht im eigentlichen Sinne an der Wahrheit oder Falschheit ihrer Aussage interessiert sind, sondern eher an der erzeugten Stimmung oder dem Effekt. Es sind in der Regel Aussagen, die so vage oder nachlässig formuliert sind, dass sie weder wahr noch falsch sind. Bullshitting wird verwendet, um strategische Ziele zu erreichen. Populistische Kräfte nutzen gern Anti-Establishment-Rhetorik. Sie werten demokratische Institutionen ab, attackieren Personen und verzerren demokratische Diskurse. Ihr Ziel ist, selbst an die Macht zu kommen.
- Außerdem scheinen Menschen authentische Kommunikation in den vergangenen Jahren weniger wertzuschätzen. Es scheinen viel mehr Menschen unauthentische politische Kommunikation zu akzeptieren (beispielsweise Bullshitting und Lügen), als es linksliberal-demokratische Intellektuelle erwartet hätten. Mit Sicherheit hat es „Bullshitting" auch vorher schon gegeben, aber weder die politischen Akteure noch die breitere Bevölkerung hätten es als weitverbreitete Kommunikationsform im öffentlichen Raum akzeptiert.

Gäbe es ein postfaktisches Zeitalter ohne Internet und soziale Medien?

Wohl nicht in dieser Form. Ich denke, Internet und soziale Medien befördern die Verbreitung bestimmter unauthentischer Kommunikation, also beispielsweise Lügen, Fake News, Verschwörungstheorien. Dies ist aus zwei Gründen der Fall:

- Soziale Plattformen werden in der Regel nicht redigiert oder lektoriert. Der Wahrheitsgehalt von Aussagen wird meist gar nicht geprüft.
- In digitalen Räumen entstehen bisweilen Echokammern. Darin tauscht man sich nur noch mit Menschen aus, die ähnliche Ansichten teilen, wie man sie selbst hat. Das hat es sicherlich auch vor dem digitalen Zeitalter gegeben. Aber das Internet und soziale Medien erschweren es, dass eine allgemeine Öffentlichkeit entsteht. Suchmaschinen und Algorithmen treffen für Nutzerinnen und Nutzer eine Vorauswahl der Inhalte, die ihnen ausgespielt werden.

Solche Fake News wären früher in den seriösen Massenmedien nicht aufgegriffen und nicht so weit verbreitet worden.

Warum ist Vertrauen in Wissenschaft und seriöse Medien wichtig?

Weil demokratische Diskurse eine gemeinsame Grundlage an Fakten(-wissen) erfordern, auch wenn Fakten äußerst selten nur eine einzige politische Entscheidung zulassen. Zu dieser Grundlage für demokratische Entscheidungen tragen Wissenschaft und seriöse Medien bei. Das können sie aber nur, wenn man ihnen vertraut. Wenn Bürger Wissenschaft und Qualitätsmedien vertrauen und gut informiert sind, reduziert das die Möglichkeit für politische Akteure, mithilfe von Manipulation und Desinformation an Einfluss zu gewinnen.

Geht dieses Vertrauen in Wissenschaft und seriöse Medien zurück?

Die mir bekannten Daten zeigen, dass zumindest in Europa traditionelle Medien mehr Bürgervertrauen genießen als Online-Plattformen oder Social Media. Allerdings

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Khalfan Said

kommt es dabei sehr stark darauf an, welche Fragen den Bürgern in den Untersuchungen gestellt wurden. Was sich empirisch deutlich zeigt, ist ein Vertrauensverlust von Bürgern in etablierte politische Eliten und Institutionen und in die grundsätzlichen Prinzipien demokratischer Ordnung. Das ist aus meiner Sicht noch schlimmer. Daraus schlussfolgere ich vorsichtig, dass das Vertrauen von Bürgern in gesellschaftliche Eliten insgesamt zurückgeht. Das mag auch für Qualitätsmedien und wissenschaftliche Eliten gelten.

Diese Skepsis gegenüber Eliten hat es vermutlich auch vor digitalen und postfaktischen Zeiten gegeben. Allerdings denke ich, dass digitale Medien sie verstärken und sichtbarer machen. Vieles, was zuvor an Stammtischen geredet wurde, findet jetzt auf Facebook oder Twitter statt und erreicht viel mehr Leute. In den sozialen Medien werden auch wissenschaftliche Befunde oder Berichte von Qualitätsmedien angezweifelt. Im Kontext der Corona-Pandemie hatte ich den Eindruck, dass es viele Menschen sehr irritiert hat, dass sich die Wissenschaft bezüglich Covid uneinig ist. Um Vertrauen zurückzugewinnen, müssten wir deutlich machen, dass wissenschaftliche Ergebnisse immer vorläufig sind und falsifizierbar sein müssen.

Warum genießen Menschen, die wie Donald Trump offensichtlich lügen, bei manchen Bevölkerungsgruppen Zuspruch?

Für Personen wie Donald Trump ist es zentral, etablierte politische, mediale und wissenschaftliche Eliten zu diskreditieren, um selbst an Macht zu gewinnen. Ich denke, damit treffen sie einen zentralen Nerv. In der Wahrnehmung von Bürgern gibt es eine Kluft zwischen dem Establishment und dem „normalen Bürger". Diese Wahrnehmung ist sicherlich in manchen Aspekten berechtigt. Ob diese Kluft zwischen Bürgern und Eliten größer oder nur sichtbarer geworden ist und wie groß sie de facto ist, sei dahingestellt. Aber diese Eliten nicht zu respektieren hat Zuspruch gefunden.

Werden Demokratien durch die Abkehr von Fakten ausgehöhlt?

Wissenschaftlich generierte Fakten sind die Basis für bestimmte Diskurse. Allerdings wäre ich vorsichtig, einen allzu engen Zusammenhang zwischen Wahrheit beziehungsweise Fakten und Demokratie herzustellen. Einerseits sollten wir im Blick behalten, wie politische Akteure und gesellschaftliche Eliten Begriffe wie „Wahrheit" verwenden. Unsere empirische Analyse hat gezeigt, dass der Begriff „Postfaktizität" in den etablierten Massenmedien fast ausschließlich von linksliberalen Journalisten und Kolumnisten genutzt wird, um politische Akteure und Positionen zu diskreditieren, die sich gegen das Establishment richten. Ich möchte damit keineswegs Trump oder andere rechtspopulistische Akteure legitimieren. Aber Appelle an „die Wahrheit" wurden und werden sehr häufig genutzt, um die Sichtweise politischer Gegner abzuwerten. Politische Entscheidungen beruhen aber meist nicht nur auf Fakten, sondern auch auf politischen Interessen und Wertvorstellungen.

Postfaktische Kommunikation birgt sicherlich eine Gefahr für die Demokratie, wenn sie das grundsätzliche Vertrauen in demokratische Institutionen und Amtsträger untergräbt und Einstellungen zugunsten antidemokratischer Akteure verändert. Aber dort, wo Presse- und Meinungsfreiheit herrschen, ist es möglich, dieser Art der Darstellung entgegenzuwirken. Wissenschaft und Politik können sich durch postfaktische Kommunikation auch aufgefordert fühlen, wissenschaftliche Prozesse besser zu erklären und Bürger stärker in demokratische Prozesse einzubinden.

Welche Geldgeber finanzieren Fake-News-Propaganda?

Das ist stark kontextabhängig. Donald Trump hatte sicherlich neben seinem Twitter-Account eine finanziell starke Lobby, die seine Fake News und postfaktische Kommunikation auch über klassische Medien sehr effektiv verbreitet hat. In nichtdemokratischen Staaten sind es oft die Regime-Eliten, die bestimmte Medienhäuser unterstützen und andere sabotieren.

Sie haben einige Zeit in Tansania und Kenia gelehrt und geforscht. Wie schätzen Sie die Lage in Bezug auf Presse- und Meinungsfreiheit dort ein?

Ich war zu Covid-Zeiten in beiden Ländern. Unter John P. J. Magufulis Regierung gab es in Tansania laut offiziellen Angaben kein Covid. Wer dem widersprach, hatte je nach Nationalität Repressalien oder gar Haft zu befürchten. Der Tod Magufulis – vermutlich durch Covid – wurde offiziell als ein Fall von Herzversagen dargestellt. Unter Magufuli hatte die Bevölkerung nur sehr eingeschränkten Zugang zu Informationen über die Pandemie. Samia Hassan, Magufulis Nachfolgerin, vollzog eine Kehrtwende. Ihr zufolge gibt es Covid, sie hat ein Expertenkomitee einberufen, es werden Masken getragen und man kann grundsätzlich öffentlich über das Thema diskutieren. Zumindest in dieser Hinsicht hat sich die Lage in Tansania etwas verbessert.

Qanon-Verschwörungsanhängerin.

In Kenia sind Presse- und Meinungsfreiheit weitgehend gegeben und gesichert, Homosexuellenrechte beispielsweise aber nicht. Die Menschen können sich zwar frei zur Homosexualität äußern, aber homosexuelle Handlungen werden mit bis zu neun Jahren Gefängnis geahndet. Diese Beispiele verdeutlichen den Unterschied zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten. In Tansania haben sich die Menschen aus Angst teilweise selbst zensiert. Es gab in Tansania außerdem kaum Zugang zu unabhängigen Informationsquellen. In den USA und anderen Demokratien hingegen gibt es alternative Medien und Meinungen.

DANNICA FLEUSS
arbeitet als Postdoctoral Researcher am Institute for Future Media, Democracy and Society an der Dublin City University (DCU) und ist Research Associate am Centre for Deliberative Democracy and Global Governance.
dannica.fleuss@dcu.ie
dannica-fleuss.com

Foto: picture-alliance/REUTERS/Carlo Allegri

Biodiversität in Gefahr: Brandrodung durch Bauern in Ghana.

Foto: Ron Giling/Lineair

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Kosten für Umweltschäden einpreisen

Es mangelt an Bewusstsein, Öffentlichkeit und Handeln: Zu diesem Schluss kommen Experten in Bezug auf die aktuelle Biodiversitätskrise. Diese gilt es, mit dem Klimaschutz zu verbinden, und dafür eine valide Finanzierung zu finden.

Von Maren van Treel

Der massive Verlust an Biodiversität auf der Erde ist mit wissenschaftlichen Erkenntnissen deutlich belegt. Experten halten es für alarmierend, dass dieses Thema dennoch so wenig in den Medien und im öffentlichem Bewusstsein präsent ist. Denn die Lage ist sehr ernst. Johan Rockström, Co-Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, stellt fest, dass die Biodiversitätskrise für die Menschheit für noch bedrohlicher sei als die Klimakrise.

Rockström entwarf 2009 das Konzept der planetaren Belastungsgrenzen. Dabei definierte er neun Bereiche, die für Gesundheit und Überleben der heutigen menschlichen Zivilisation zentral sind. Darunter finden sich der Klimawandel, der Süßwasserverbrauch, die Ozeanversauerung und das Artensterben, also der Verlust an Biodiversität. Greift der Mensch zu stark in diese Bereiche ein und überschreitet für den Planeten noch tragbare Grenzen, kann es zu Veränderungen kommen, die die Stabilität des Ökosystems der Erde und damit das Überleben der Menschheit gefährden. Aktuell, so Rockström, befände sich der Planet in sechs der neun Bereiche außerhalb des für die Menschheit sicheren Bereichs – Klimawandel und Biodiversität gehören dazu.

Damit verlasse man das sogenannte Holozän, die aktuelle Klimaepoche. Sie zeichnet sich durch stabile Bedingungen aus und ist die Basis für die heutige moderne Welt. Eine von Rockströms Schlussfolgerungen: Es muss das Ziel sein, das Erdsystem in einem holozänartigen Zustand zu halten. Biodiversitätsschutz und Klimaschutz müssten dazu miteinander verknüpft werden. Es sei wichtig, die Natur intakt zu halten, um das 1,5-Grad-Ziel von Paris noch einzuhalten zu können. Eine intakte Natur könne CO_2 aufnehmen, solange die Menschheit das Treibhausgas weiter ausstoße.

Für dieses Ziel setzen sich auch indigene Menschen in vielen Teilen der Erde ein, wie eine ihrer Vertreterinnen, die Philippinin Joan Carling von der Organisation Indigenous Peoples Rights International (IPRI), betont. Sie weist darauf hin, dass indigene Menschen wertvolle Dienste in Sachen Biodiversität leisteten und gleichzeitig besonders schwer von den Folgen des Klimawandels betroffen seien. IPRI kritisiert, dass manche Klimaschutzprojekte wie große Wasserkraftwerke, Bau erneuerbarer

Energiekraftwerke oder Biokraftstoffplantagen die Rechte indigener Völker über ihr Land und ihre Ressourcen verletzen. IPRI fordert, dass indigene Gemeinden vor der Umsetzung dieser Projekte informiert werden und ihre Zustimmung eingeholt werden müsse.

Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Politik und Privatwirtschaft diskutierten im Oktober bei einer Fachveranstaltung der KfW, dem Development Finance Forum (DFF), in Frankfurt über Lösungsansätze für die Klima- und Biodiversitätskrise. Eine Hauptforderung lautete, dass Kosten für umweltschädliches Handeln stärker „internalisiert" werden müssten. Das bedeutet, dass Umweltverschmutzung und -zerstörung für den Verursacher einen Preis haben müssen, anstatt dass die oft später anfallenden Kosten dafür allein die Gemeinschaft trägt. Derzeit können verursachende Unternehmen höhere Gewinne erwirtschaften, weil sie die Schäden nicht bezahlen müssen.

Ein Problem dabei ist, dass biodiversitätsschädliche Vorhaben nicht so eindeutig auszumachen sind wie klimaschädliche Vorhaben. In puncto Klima gilt dabei vereinfacht gesagt: Je mehr CO_2 oder andere Treibhausgase für ein Vorhaben ausgestoßen werden, desto klimaschädlicher ist es. Damit ist die Schädlichkeit relativ einfach zu beziffern und zu bepreisen. Das Problem für die Biodiversität ist, dass es kein einfaches Äquivalent zum CO_2 gibt, sagt die Biologin Frauke Fischer von der Universität Würzburg.

Immer wieder werde sie gefragt, wie sich messen ließe, wie schädlich ein Vorhaben für die Biodiversität sei, und wie sich Kosten kalkulieren ließen. Dies sei nicht leicht zu beantworten. Es gebe allerdings Felder und Produkte, betont Fischer, die eindeutig „No-Gos" für Klima und Biodiversität seien. Sie riet beispielsweise davon ab, in Vorhaben zu investieren, die einen Landnutzungswechsel beinhalten. Stattdessen gelte, dass nicht alle Maßnahmen fürs Klima gut für Biodiversität seien, dass aber umgekehrt alle Maßnahmen für Biodiversität auch dem Klima nützten.

Ein Teil der Wirtschaftswissenschaftler sieht die Lösung, um wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit zu verknüpfen, in einer sogenannten grünen Wirtschaft. Das bedeutet, dass nur klima- und umweltschonende Branchen und Unternehmen gefördert und finanziert werden. Wie dies umzusetzen ist, müssen sich Politik und Wissenschaft überlegen.

Die Transformation hin zu Nachhaltigkeit sei aus öffentlichen Mitteln allein nicht zu schaffen, so der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Jochen Flasbarth, auf dem DFF.

KfW-Vorstandsmitglied Christiane Laibach plädierte für einen zweigeteilten Ansatz: Einerseits müsse man für Unternehmen Anreize für ein nachhaltiges Geschäftsmodell schaffen, da gebe es schon erfolgreiche Beispiele. Andererseits brauche man auch Regulierung. In der Finanzwelt gibt es beispielsweise die sogenannten ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance), anhand derer Investoren entscheiden können, ob sie in ein bestimmtes Unternehmen oder Projekt investieren wollen.

Die ESG-Kriterien sind allerdings umstritten, unter anderem weil es keine allgemeingültige Definition der Kriterien gibt und sie nur begrenzt abbilden, wie nachhaltig ein Unternehmen ist. Jennifer Paffen von der Bethmann Bank AG/ABN AMRO weist darauf hin, dass Engagement für Klima und Biodiversität nur einen kleinen Teil des „E" in ESG ausmache. Es sei also möglich, unter ESG-Kriterien in ein Unternehmen zu investieren, das wenig bis gar nichts für Klima und Biodiversität tue.

Plastikverschmutzung im indischen Ozean.

Einig sind sich Umweltfachleute darin, dass sie das Thema Biodiversität für Entscheider und Entscheiderinnen „übersetzen" müssen. Sie müssten versuchen, das Thema trotz seiner Komplexität einfach darzustellen, um die Menschen zu erreichen. So lassen sich das fehlende Bewusstsein schaffen und Menschen zum Handeln bewegen, so die Hoffnung.

MAREN VAN TREEL
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Foto: Paulo de Oliveira/Biosphoto/Lineair

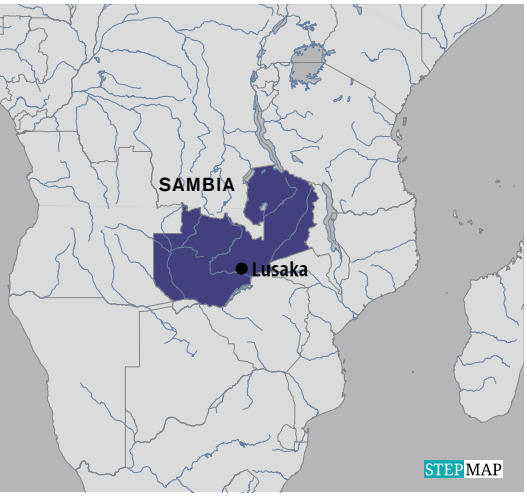
Betrüger am Werk

Neue technische Möglichkeiten wie digitale Geldbörsen tragen dazu bei, finanzielle Inklusion in Entwicklungsländern zu fördern. In Sambia gefährden Betrugsfälle das Vertrauen in den digitalen Zahlungsverkehr.

Die 25-jährige Susan Chembo sitzt an ihrem Verkaufsstand in der Cairo Road – einer der verkehrsreichsten Straßen in Sambias Hauptstadt Lusaka – und erzählt unter Tränen, wie sie um ihr hart verdientes Geld betrogen wurde. „Bitte überweise das Geld an diese Nummer!“, hieß es in der Nachricht, in der eine Handynummer angegeben stand.

Zufälligerweise hatte Chembo gerade ihrem Onkel gesagt, dass sie ihm Geld schicken würde, dass er zur Abfertigung ihrer bestellten Waren an der Grenze benötigte. Sie nahm an, dass die anonyme Nachricht von ihrem Onkel stammte, der als Beamter an der Grenze von Kazungula im Süden Sambias arbeitet. Also schickte sie 5000 Kwacha (etwa 285 Dollar) an diese Nummer. Ihr Onkel hat das Geld nie erhalten. Chembo meldete den Vorfall bei der Polizei, aber die Handynummer, an die sie das Geld geschickt hatte, gab es nicht mehr. Es war Betrug; der Täter konnte nicht ausfindig gemacht werden.

Mobile Lösungen wie digitale Geldbörsen werden in Sambia immer beliebter und tragen dazu bei, dass auch Leute, die kein Bankkonto haben, am Zahlungsverkehr teilhaben können. Viele Sambier, vor allem in ländlichen Gegenden, nutzen jetzt ihre Mobiltelefone, um virtuelle Bankkonten einzurichten. Diese sind leichter zugänglich als traditionelle Banken.



Die beiden größten Mobilfunkbetreiber in Sambia sind lokale Ableger von Airtel und MTN, die beide mobiles Bezahlen anbieten. Das staatliche Telekom-Unternehmen Zamtel bietet neben Mobilfunkdiensten auch eine e-Wallet-App namens Zampay an. MTN startete im April 2018 eine konzertierte Aktion, um die Zahl der Verkäufer im Land zu erhöhen und die Nutzung seiner Plattform auszuweiten.

Mit Erfolg. Laut der Bank of Zambia ist die Zahl der Nutzer bis Ende 2021 auf 8,6 Millionen gestiegen, verglichen mit etwa 4,85 Millionen im Jahr 2019. Die Zahl der Mobile-Money-Agenten in Sambia lag Ende 2018 bei 47 000, verglichen mit 23 000 im Jahr davor.

Mobile Gelddienste weisen geringere Sicherheitskontrollen auf als herkömmliche Banksysteme und sind daher ein Ziel für Kriminelle und Betrüger geworden, die Schlupflöcher ausnutzen, um ahnungslose Nutzer zu betrügen.

Raymond Solochi, der vor Kurzem 500 Kwacha (30 Dollar) durch einen Betrug mit mobilem Geld verloren hat, erklärt, wie die Betrüger vorgehen. „Diese Diebe überlisten die Menschen mit psychologischen Mitteln. Sie wissen, dass die Leute irgendwann Geld überweisen, vor allem an den Zahltagen.“

Wenn sie nicht entschieden bekämpft werden, können die Betrüger die digitalen Zahlungsplattformen lahmlegen. Die politischen Entscheidungsträger in Sambia nehmen das Problem daher ernst und sind dabei, Konzepte zum Schutz der Verbraucher zu entwickeln. Die sambische Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologie (ZICTA) warnt die Menschen davor, ihre Kontaktinformationen in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen, und rät ihnen, die PIN-Nummern unbedingt geheim zu halten.

DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist aus Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
ISSN 2366-7249
Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 31.10.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

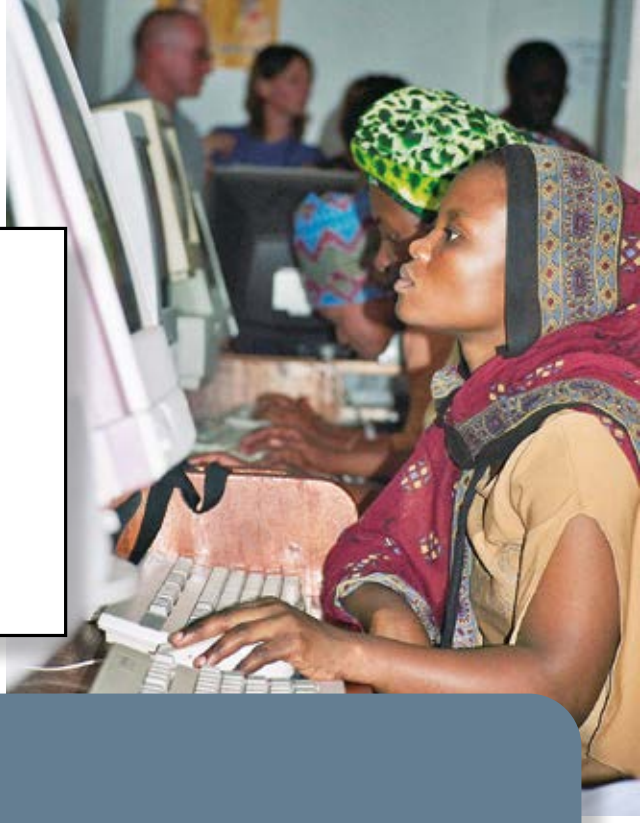
ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

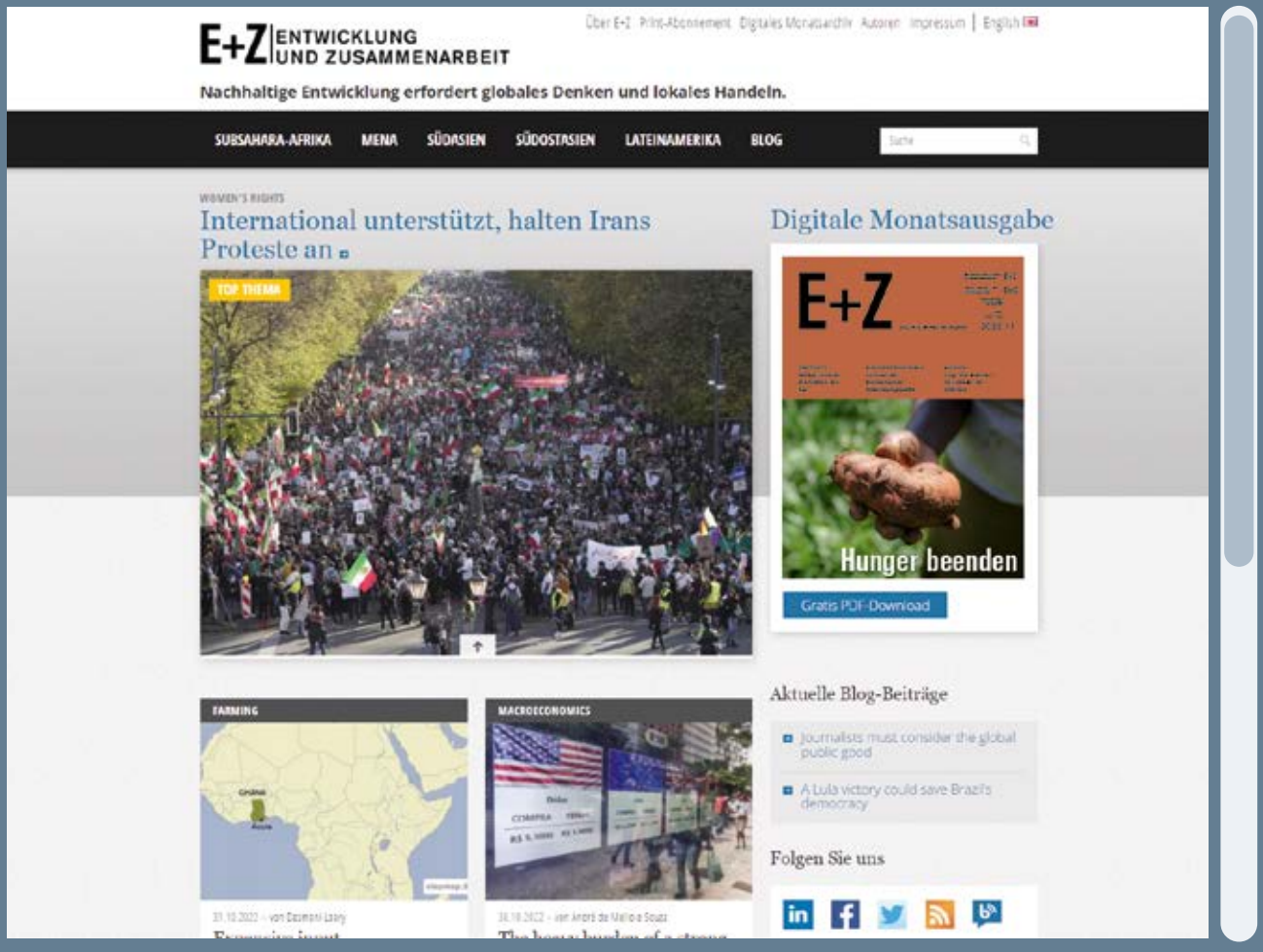
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Besuchen Sie unsere Website unter www.DandC.eu

www.dandc.eu



WIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENBRUCH

Afghanistan eine Chance geben

Die Menschen Afghanistans leiden enorme Not, und ihr Schicksal verdient Aufmerksamkeit. Die USA und ihre Verbündeten tragen eine Verantwortung.

Von Felix Kugele

Vor etwas mehr als einem Jahr nahmen die Taliban im August 2021 Kabul ein. Das schlug damals große Wellen und löste in der westlichen Politik ein Nachdenken aus. Inzwischen hat das Thema aber stark an Aufmerksamkeit verloren.

Dennoch tragen die USA und ihre Verbündeten eine Verantwortung für das Schicksal des afghanischen Volkes. Die USA sind die führende Weltmacht. Sie trugen maßgeblich zur Entstehung der aktuellen Krise bei und waren schon lange, bevor sie 2001 nach den Anschlägen des 11. September Afghanistan eroberten, in dem Land engagiert. Der darauffolgende Versuch, einen demokratischen Staat aufzubauen, wurde von der NATO und der internationalen Gemeinschaft unterstützt, scheiterte aber spektakulär. Viele der aktuellen Probleme Afghanistans gehen auf diese Phase zurück.

Nun, da die Taliban wieder an der Macht sind, haben die Afghanen mit enormen, fast ausschließlich negativen Veränderungen zu kämpfen. Unterdrückung prägt den Alltag, allerdings nicht ganz so brutal wie unter dem ersten Taliban-Regime. Viel verheerender ist der wirtschaftliche Zusammenbruch, der durch den unrühmlichen Abzug der westlichen Truppen ausgelöst wurde.

Die Armut grassiert. Die Arbeitslosigkeit hat dramatisch zugenommen, und Afghanen jeglicher Schicht haben Arbeit und Einkommen verloren. Um die 24 Millionen Menschen, so schätzen Experten, benötigen humanitäre Hilfe. Selbst ehemals Wohlhabende kommen kaum noch zurecht.

Obwohl sich die Taliban noch nie ernsthaft für Wirtschaftspolitik interessierten, sind sie nicht der eigentliche Grund dieser Krise. Der liegt darin, dass die Wirtschaft nach 2001 komplett von ausländischer Finanzhilfe abhängig wurde und diese abrupt stoppte. Zuvor hatten internationale Partner folgende Bereiche finanziert:

- Staatsstrukturen, von der nationalen bis hin zur lokalen Ebene,
- Sicherheitskräfte,
- zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) und
- einzelne Privatunternehmen

Zusätzlich blähte der Kapitalfluss den Kurswert der afghanischen Währung auf, was die Entwicklung einer Exportwirtschaft verhinderte – mit Ausnahme des illegalen Drogenhandels.

Ohne externes Kapital sah sich Afghanistan plötzlich unfähig, notwendige Bedarfsgüter, inklusive Lebensmittel, zu importieren. Zusätzlich begannen die USA, die afghanische Zentralbank zu sanktionieren, und froren 9 Milliarden US-Dollar ein, die der afghanische Staat auf amerikanischen Konten hielt.

Die Taliban reagieren völlig unzureichend auf das Leid ihres Volkes. Sie starteten zwar eine Reihe von Food-for-Work-Programmen, ansonsten betteln sie aber um ausländische Unterstützung. Diese Appelle finden kaum Gehör, da die meisten Regierungen nicht mit den Taliban verhandeln wollen, um eine Legitimierung ihrer Herrschaft zu vermeiden. So bleibt das Regime isoliert, nicht zuletzt aufgrund der US-Sanktionen.

UN-Organisationen liefern einiges an Nothilfe, wodurch zumindest eine größere Hungersnot bisher ausblieb. Allerdings benötigen die Afghanen mehr als ein absolutes Minimum an Nahrung. Besorgniserregend ist, dass kein externer Akteur auch nur eine mittelfristige Strategie für den Umgang mit Afghanistan hat.

Dank des gescheiterten westlichen Staatsaufbauprojekts wurde Afghanistan von ausländischem Kapital abhängig gemacht. Zwar ist kein schneller Ausweg in Sicht, aber ein gewisses Maß an finanzieller Interaktion mit Afghanistan wird unumgänglich sein, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Drei Schritte wären angebracht:

1. Auszahlung der neun Milliarden Dollar, um wenigstens Infrastruktur zu erhalten.
2. Den Menschen Afghanistans wesentlich mehr humanitäre Hilfe als bisher zukommen zu lassen.
3. Sanktionen aufzuheben, die afghanischen Unternehmen und Individuen den Zugang zu internationalen Märkten versperren.

Zumindest müssen internationale NGOs frei und nach eigenem Ermessen in Afghanistan agieren können, auch dann, wenn sie aus westlichen Staatshaushalten finanziert werden.

FELIX KUGELE
war in Afghanistan für eine internationale humanitäre Organisation tätig.
felixkugele@yahoo.com

Ausgabe von Lebensmittelhilfen in Kabul im Juni 2020.

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Saifurahman Safi

FOSSILE ENERGIE

Sehnsucht nach Trump

Die OPEC+ hat Anfang Oktober beschlossen, die Erdölproduktion zu drosseln. Das kann für US-Präsident Joe Biden bei den Kongresswahlen negative Konsequenzen haben.

Von Zohra Cosima Benamar

Ziel der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) ist es, den Ölpreis zu stabilisieren. Die 13 Mitgliedsländer produzieren zusammen rund 40 Prozent des weltweiten Öls und stimmen sich mit zehn weiteren ölfördernden Ländern ab, zu denen auch Russland gehört. Zusammen wird diese informelle Plattform OPEC+ genannt.

Als Grund für den aktuellen Produktionsdeckel nennt die OPEC+ die nachlassende Nachfrage auf dem Weltmarkt. Es ist plausibel, das Angebot anzupassen, um den Preis zu stabilisieren. Aber in der aktuellen Weltlage spielen noch andere Faktoren eine wichtige Rolle – und zwar besonders zwei Kriege:

- Russland führt seit Ende Februar einen militärischen Krieg gegen die Ukraine, welcher mit einem Wirtschaftskrieg mit dem Westen einhergeht. Dabei ist die Energieversorgung zentral, da Russland bisher ein wichtiger Gas- und Öllieferant für europäische Länder darstellte und auch aktuell weiterhin noch liefert.
- Saudi-Arabien ringt seit Langem mit dem Iran um die regionale Vorherrschaft. Die beiden Länder führen einen Stellvertreterkrieg im Jemen.

Anstatt Russland zu isolieren, wie von Washington gewünscht, hat die Entscheidung der OPEC+ Moskau gestärkt. Die Preispolitik sorgt schließlich für höhere Exporteinnahmen Russlands und verschärft die Versorgungslage in Europa. In den USA hat sie zudem eine innenpolitische Bedeutung, denn die republikanische Partei macht mit dem hohen Benzinpreis vor den US-Kongresswahlen Anfang November Stimmung gegen Präsident Joe Bidens demokratische Partei. Biden wäre erheblich geschwächt, sollte diese in einer oder sogar beiden Kammern die Mehrheit verlieren.

Saudi-Arabien ist eigentlich ein enger Verbündeter der USA, hat sich aber nicht gegen die anderen Ölexporteure durchgesetzt. Tatsächlich verbindet die Machthaber in Moskau und Riad auch eine Sehnsucht nach Bidens Vorgänger Donald Trump. Ihre ideologischen Vorstellungen in Bezug auf Klimawandel, Demokratie und Menschenrechte lagen höchstwahrscheinlich nicht so weit auseinander, wie mit dem aktuellen US-Präsidenten. Trump leugnete den Klimawandel und bemühte sich, den Klimaschutz auf nationaler und internationaler Ebene zu unterhöhlen. Ölexportierende Länder wissen, dass ihre Zeit abläuft, und wollen so lange wie möglich ihre Profite maximieren. Dieses Interesse teilen sie mit fossilen Energiekonzernen in den USA, die republikanische Wahlkampagnen seit Jahrzehnten großzügig unterstützen.

Trump setzte sich zudem über alle Stimmen in den USA hinweg, die sich gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien seit dem Ausbruch des Jemenkonflikts aussprachen. Riad gefiel auch sein Ausstieg aus dem Nuklearabkommen mit Iran, das Biden erneuern will.

Grundsätzlich wäre zu erwarten, dass das OPEC-Mitglied Iran sich in dem Maße an die USA annähert, wie sich Saudi-Arabien distanziert. Das gilt umso mehr, als Russland und Iran, wenn die EU ihr angekündigtes Embargo auf russisches Öl umsetzt, zunehmend auf dem chinesischen Ölmarkt konkurrieren werden. Der Nachfragerückgang in China im Zuge weiterer Lockdowns schürt dieses Problem weiter. Für das iranische Regime ist jegliche Annäherung an die USA jedoch grundsätzlich schwierig und angesichts der aktuellen Proteste gegen das Kopftuchgebot unwahrscheinlich.

Biden sieht sich von Saudi-Arabien im Stich gelassen: Staatsbesuch in Riad im Juli.

Alles in allem ist die Entscheidung der OPEC+ ökonomisch motiviert. Saudi-Arabien hat sich dabei nicht für die USA eingesetzt, dürfte aber kaum daran interessiert sein, seine Beziehungen zu Washington zu verlieren. Wohlmöglich versucht das Königshaus jedoch, Biden zu schwächen, damit in zwei Jahren wieder ein republikanischer Präsident an die Macht kommt.

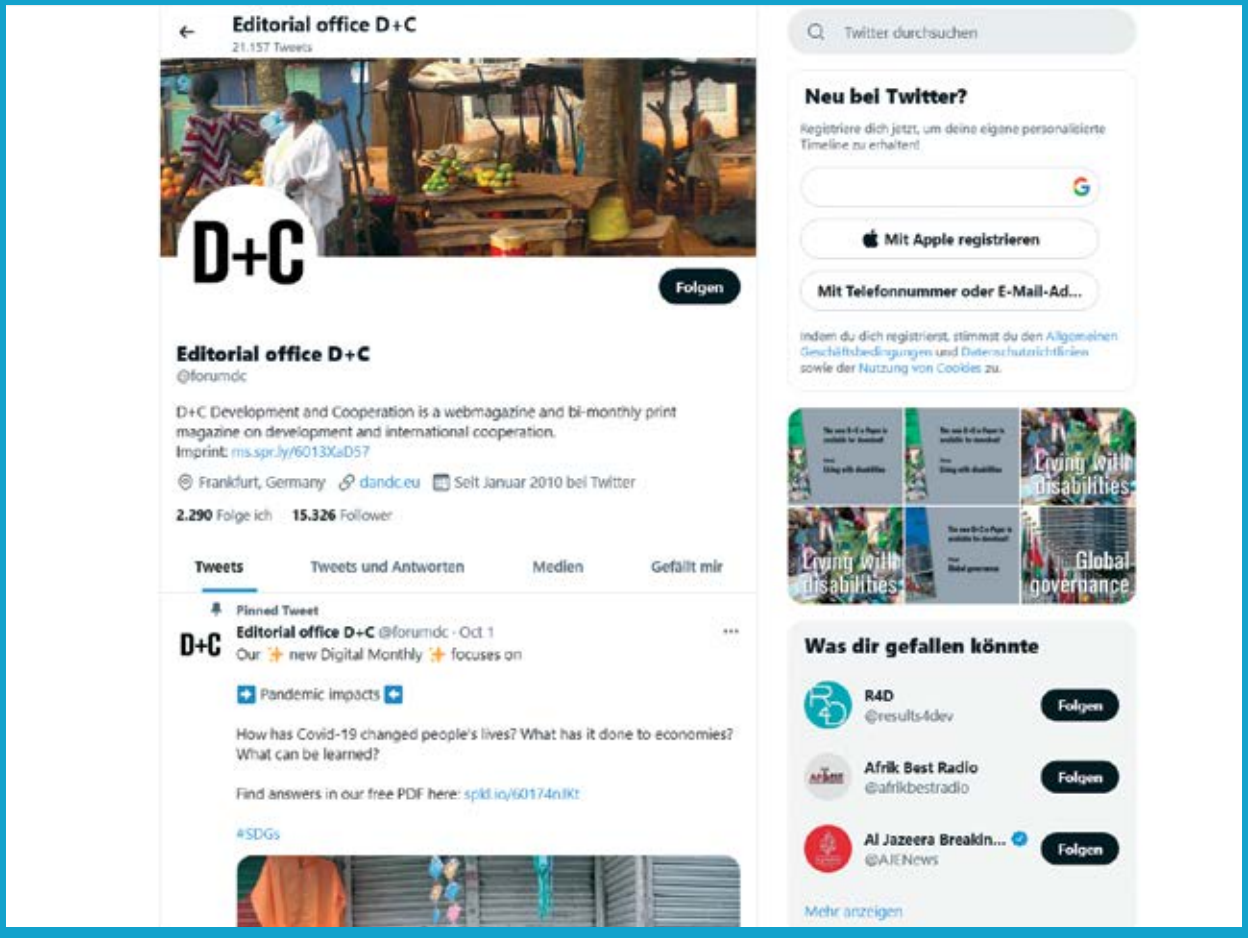
ZOHRA COSIMA BENAMAR promoviert am ISCTE Universitätsinstitut Lissabon zu Geo- und Energiepolitik. ***Zohra_Cosima_Benamar@iscte-iul.pt***

Foto: picture-alliance/Newscom/SAUDI PRESS AGENCY

Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.

www.twitter.com/forumdc



Traditioneller Mischkultur-Feldbau im Südosten von Bangladesch.

SCHWERPUNKT

Den Hunger beenden

„Wenn es ein soziales Sicherungssystem für Dürrerisiken gibt, kann schnell geholfen werden.“ **SVENJA SCHULZE, S. 19**

„Die überdurchschnittlich hohe Zahl von Spekulationsgeschäften hält den Weltpreis für Weizen hoch.“ **FRANCISCO MARÍ, S. 21**

„Ernährungsfachleute empfehlen, traditionelle Getreidesorten wie Hirse wiederzubeleben.“ **ROLI MAHAJAN, S. 24**

„Eine Erklärung für die Ernährungsunsicherheit ist die Klimakrise.“ **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI, S. 25**

„Wir brauchen eine Ökologisierung der großflächigen Landwirtschaft und der Viehzucht.“ **MATHIAS MOGGE, S. 28**

„Einige der ärmsten Menschen der Welt sorgen für den Erhalt wichtiger biologischer Ressourcen.“ **PARVIZ KOOHAFKAN, S. 30**

Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Abu Sufian Jewel

ARMUT BEKÄMPFEN

Niemanden zurücklassen

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt, weshalb Ernährungssicherheit und soziale Sicherung zusammengehören.

Von Svenja Schulze

Die Folgen des russischen Angriffskriegs, Corona, aber auch die Klimakrise mit ihren Wetterextremen wie der diesjährige fünfte Dürresommer in Folge und die Hochwasserkatastrophe letztes Jahr lassen uns hierzulande spüren, wie verletzlich „Sicherheit" ist. Damit meine ich Sicherheit nicht nur im klassischen Sinne als innere und äußere Sicherheit, sondern umfassend. Dazu gehören bezahlbare Lebensmittel ebenso wie eine breit zugängliche Gesundheitsversorgung. Sicher geglaubte Errungenschaften geraten mit einem Mal ins Wanken. Ein selbstbestimmtes Leben zu führen wird für viele schwieriger. Was die Situation verschärft: Die Krisen verstärken sich gegenseitig.

Was in Deutschland gilt, trifft erst recht zu für die oft viel verletzlicheren Gesellschaften des Globalen Südens. Nach vielen Jahren des Fortschritts steigt die Zahl der hungernden Menschen seit 2017 wieder. Im Jahr 2021 hungerten bis zu 828 Millionen Menschen, fast jeder zehnte Mensch weltweit. Etwa 30 Prozent der Weltbevölkerung – rund 2,3 Milliarden Menschen – hatten keinen zuverlässigen und sicheren Zugang zu angemessener und ausreichender Nahrung. Zugleich haben 53 Prozent der Weltbevölkerung – rund 4 Milliarden Menschen – keinen Zugang zu sozialer Sicherung. All diese Menschen sind auf sich allein beziehungsweise auf das soziale Umfeld wie die Familie gestellt, etwa im Fall von Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Behinderung oder Arbeitsunfällen. In Afrika leben sogar 80 Prozent der Menschen ohne soziale Sicherung.

Es gibt gute Gründe, Ernährungssicherheit und soziale Sicherung künftig stärker zusammenzudenken:

- Erstens: Widerstandsfähigere Gesellschaften sind für Krisen besser gewappnet – weltweit. Für Resilienz ist ausreichende und qualitativ hochwertige Ernährung ein Muss. Aber auch soziale Sicherung stärkt die Resilienz in Krisen und beugt ihnen zugleich vor. Sie sichert menschenwürdiges Leben, wenn es besonders darauf ankommt. Zudem fördert sie Anpassungs- und Reaktionsfähigkeiten im Umgang mit Schocks, eben bei Extremwetterereignissen (als ein Beispiel), die zu Ernteverlusten führen oder Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln.
- Zweitens: Es ist der ländliche Raum, in dem durch Anbau und Zucht die Grundlagen für gesicherte Ernährung liegen. Die Landwirtschaft ist in vielen Ländern des Globalen Südens der wichtigste Arbeitsmarkt mit den meisten Beschäftigten und darum für viele von existenzieller Bedeutung. Wer soziale Sicherung in einem breit verwurzelten Wirtschaftssektor wie der Landwirtschaft fördert, hilft der Gesamtgesellschaft, denn es führt zu einer Stabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges insgesamt und kann Vorbild für andere Branchen sein. Doch die Aufgabe ist in der Landwirtschaft besonders herausfordernd, da die Menschen oft besonders großen Risiken ausgesetzt sind. Sie gefährden nicht nur die Ernährungssicherheit der ländlichen Bevölkerung selbst, sondern oft auch die Versorgung der restlichen Bevölkerung. Diese Risiken können durch den Klimawandel noch verschärft werden. Ein Beispiel: Eine Landwirtin verliert durch Dürre ihre gesamte Ernte. Das schadet ihr als Selbstversorgerin und ihrer Familie, möglicherweise brechen aber auch Einnahmen weg, die sie sonst durch den Verkauf ihrer Produkte erzielt hätte. Es fehlt Geld, um selbst Saatgut für die nächste Saison zu kaufen. Wenn es ein soziales Sicherungssystem für Dürrerisiken – bestenfalls von der Finanzierung bis zu den Auszahlungsmechanismen – gibt, kann schnell geholfen werden. Die nächste Ernte ist gesichert.
- Drittens: Darüber hinaus fördert soziale Sicherung ländliche Entwicklung. Vielen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fehlen die finanziellen Mittel, um Risiken einzugehen und in innovative Produktionsmethoden zu investieren. Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Sicherung können Geld für lokale Güter und Dienstleistungen einsetzen und so die Nachfrage stärken. Jeder für Sozialleistungen ausgegebene Euro generiert bis zu 1,70 Euro an zusätzlicher wirtschaftlicher Aktivität.
- Viertens: Eine Grundidee von sozialer Sicherung ist der Solidaritätsgedanke: niemanden zurückzulassen und die gesamte Gesellschaft im Blick zu haben. Soziale Sicherung fördert deshalb auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dürre in Tunesien.

Foto: picture-alliance/AA/Yassine Gaidi

Oft sind es Frauen, die neben nicht entlohnter Feld- und Hausarbeit sowie Kinderbetreuung für die Ernährung sorgen. Frauen in unseren Partnerländern sind häufig informell beschäftigt und profitieren daher nicht von (bereits bestehenden) sozialen Sicherungsleistungen, die fast immer an formelle Beschäftigung gekoppelt sind.

In Zukunft müssen wir beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme die Lebensrealitäten und Bedarfe von Frauen und Mädchen in den Blick nehmen und berücksichtigen. Dabei gilt es, auch aktiv soziale Normen, Geschlechterstereotype und diskriminierende gesellschaftliche Machtverhältnisse zu adressieren. So lassen sich durch die Einführung sozialer Sicherung auch gendertransformative Wirkungen erzielen. Sie sind dringend erforderlich, um mehr Geschlechtergerechtigkeit im Sinne einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit zu erzielen – für die ich mich mit unserer Entwicklungszusammenarbeit einsetze.

GLOBALER SCHUTZSCHIRM

Mehr Gerechtigkeit zu schaffen im Sinne einer globalen Just Transition – das ist auch unsere Triebfeder beim Aufbau eines globalen Schutzschirms zur Absicherung gegen klimabedingte Risiken, den das Entwicklungsministerium vorantreibt. Der sozialen Sicherung kommt dabei – komplementär zu Klimarisikofinanzierungs- und privaten Versicherungslösungen – eine Schlüsselrolle zu. Dieser Schutzschirm kann besonders vulnerablen Menschen – darunter viele Frauen – zum Beispiel bei Dürren und Überschwemmungen helfen. Ohne sozialen Schutz gibt es keinen Schutz vor Krisen.

Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt das Ziel der menschlichen Sicherheit, denn Sicherheit ist eben mehr als die Abwesenheit von Gefahr für Leib und Leben. Menschliche Sicherheit bedeutet, Grundbedürfnisse, wie beispielsweise eine angemessene Ernährung, zu decken und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Soziale Sicherungssysteme können selbst die ärmsten Menschen erreichen. Soziale Sicherung ist deshalb auch ein Schlüssel im Kampf gegen Hunger und Armut. In Krisen sichert sie Ernährung unmittelbar und verhindert Abwärtsspiralen.

Daher setze ich einen Schwerpunkt darauf, unsere Partnerländer dabei zu unterstützen, soziale Sicherungssysteme auf- und auszubauen. Wir tun dies nicht als Einzelkämpfer, sondern in Gemeinschaft mit multi- und bilateralen Partnern. Einen Anfang haben wir im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft in diesem Jahr gemacht. Unser Ziel ist es, die Anzahl der sozial abgesicherten Menschen bis 2025 um eine Milliarde zu erhöhen.

Wir arbeiten an abgestimmten Finanzierungsmechanismen, gemeinsamen Länderanalysen und Monitoring sowie koordinierter Unterstützung unserer Partnerländer, um gute Erfahrungen und Ansätze in die Fläche zu tragen. Dabei haben wir festgestellt, dass soziale Sicherungsprogramme zur Absicherung von Ernährungsrisiken großes Potenzial bergen, neben der Bekämpfung von Armut und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Krisen einen signifikanten Beitrag zur Ernährungssicherheit insgesamt zu leisten – wenn zum Beispiel Unterstützungsleistungen wie Geld- und Sachtransferleistungen an die Teilnahme von Gesundheits- und Ernährungsbildungsmaßnahmen geknüpft sind oder für den Kauf von Lebensmitteln verwendet werden.

Viele Länder, auch im Globalen Süden, finanzieren ihre soziale Sicherung selbst. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert seine Partnerländer (in enger Abstimmung mit anderen Gebern) vor allem bei der Aufrechterhaltung sozialer Sicherungssysteme in Krisenzeiten. Dabei kommt es auf Passgenauigkeit an, denn die Bedarfe der Partnerländer sind verschieden, ebenso wie ihre Fähigkeit, Eigenleistung zu erbringen.

Dabei ist es uns wichtig, abgestimmt vorzugehen – etwa mit den Entwicklungsbanken oder UN-Organisationen. In Ruanda zum Beispiel bringt Deutschland auf der Basis eines Weltbankprogramms, das Budgethilfe leistet, strukturelle Reformen in den bereits bestehenden sozialen Sicherungssystemen voran. Sie zielen darauf ab, die Zahl derer zu erhöhen, die profitieren, und die Leistungsfähigkeit der Verwaltungs- und Umsetzungsstrukturen zu verbessern, etwa durch ein neues Sozialregister zur besseren Erfassung von Leistungsberechtigten. Eine zusätzliche Komponente der technischen Zusammenarbeit sichert die Nachhaltigkeit der Investitionen, unter anderem durch zusätzliches inländisches Fachpersonal und Schulungen des bestehenden Personals.

Soziale Sicherungssysteme helfen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen: die Folgen des Klimawandels, Hunger, Ungleichheit und die Prävention von Pandemien. Darum habe ich mich bei der Weltbanktagung im vergangenen Oktober und bei der UN-Klimakonferenz im November für die Stärkung sozialer Sicherungssysteme eingesetzt. Außerdem führt das BMZ im kommenden Jahr erstmals eine internationale Konferenz durch, um das Thema soziale Sicherung voranzubringen und um noch mehr Partner für das Thema zu gewinnen. Soziale Sicherung ist ein Menschenrecht. Wir wollen ihm mit unserer Politik mehr Geltung verschaffen.

SVENJA SCHULZE
ist die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

www.bmz.de

Ländlicher Not entgegenwirken: Bauern auf Madagaskar.

Foto: picture-alliance/Godong/Pascal Deloche

Weizenernte in der Region Kiew in der Ukraine während des russischen Angriffskriegs im August 2022.

LEBENSMITTELPREISE

Spekulationen und teure Energie

Alle Länder, ob arm oder reich, ächzen derzeit unter den hohen Lebensmittelpreisen. Sie führen nicht nur dazu, dass die Haushalte zu billigeren und ungesünderen Nahrungsmitteln greifen, sondern sind für die Ärmsten eine existenzielle Bedrohung: Der Anteil der Hungernden steigt wieder seit 2020. Die Ursachen für die hohen Preise liegen teils nur indirekt an der Nahrungsmittelknappheit, Spekulationen auf Nahrungsmittel und die hohen Preise für fossile Energien sind die Treiber. Es braucht Lösungen, um aus dieser Fehlentwicklung herauszukommen.

Von Francisco Marí

Nach rund zwei Jahren Corona-Pandemie erreichte Ende 2021 der von der UN-Food and Agriculture Organization (FAO) herausgegebene monatliche Preisindex einen Anstieg von über 30 Prozent, nachdem die Preise fast zehn Jahre relativ stabil gewesen waren. Die FAO misst mit diesem Index die Außenhandelspreise von Fleisch, Milch, Getreide, Zucker und Speiseölen. Während der Preis für Reis oder Zucker nur wenig anstieg, verdoppelten sich die Preise für Speiseöle.

Das führte schon 2021 dazu, dass selbst Haushalte in Ländern, die nicht so stark von den Weltpreisen abhängen, höhere Preise für Nahrungsmittel bezahlen müssen. Besonders Menschen im Globalen Süden kürzten deshalb ihre Essensrationen und verzichteten auf frische Nahrungsmittel wie Obst und Gemüse. Nur wenige Länder konnten es sich leisten, die hohen Preise durch „Brotsubventionen“ oder Programme zur sozialen Sicherung zu dämpfen. Vor allem Entwicklungsländer hatten dafür keine Ressourcen, da ihre Haushalte durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, die zunehmende Staatsverschuldung und die Abwertungen ihrer Währungen stark belastet sind.

In diese schon preislich krisenhafte Situation der Welternährung löste der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine Preisrally aus, deren Ausmaß besonders bei den Weizenpreisen – sowohl was Preisspitzen als auch Volatilität angeht – die Ernährungskrise von 2006 übertrifft. Innerhalb weniger Tage stieg der bereits hohe Weizenpreis um 50 Prozent.

Eine Ursache dafür sind die internationalen Finanzmärkte: In Erwartung hoher Gewinne setzten Investoren, besonders Indexfonds, massiv Kapital ein und spekulierten auf Handelsabschlüsse bei der Sommerernte 2022 und wetteten auf einen Ausfall der Getreideexporte aus der Schwarzmeerregion wie die investigative Nachrichtenplattform Lighthouse Reports offenlegte. Der russische Aggressionskrieg mit Hafenblockaden führte im Mai 2022 zum bisherigen Rekordpreis für eine Tonne Weizen von 438 Euro (2019: 175 Euro).

Die heftigen Kursbewegungen (Volatilität) auf der Weizenbörse und die hohe Anzahl von Finanztransaktionen weniger Akteure erklären nicht allein den Preisanstieg der gesamten Palette an Nahrungsmitteln. Aber die überdurchschnittlich hohe Zahl von Spekulationsgeschäften hält den Weltpreis für Weizen hoch. Sowohl die USA als auch die EU haben eigentlich Marktregeln, die die Lebensmittelspekulation durch Positionslimits beschränken sollen. Aber sie wurden von Aufsichtsbehörden nicht angewendet, was belegt wie sehr die Finanzwirtschaft das Instrument „Marktregulierung“ erfolgreich ausgehöhlt hat.

Paradox ist, dass wie seit Beginn des Preisanstiegs 2020, der plausibelste Grund für einen Preisanstieg, nämlich der Ausfall von Welternten auf dem Weizenmarkt, gar nicht vorlag, schon gar nicht vor Kriegsbeginn. Die Erntemengen 2021 fielen kaum geringer aus als in den Vorjahren, was sich auch jetzt nach den fast abgeschlossenen

Foto: picture-alliance/NurPhoto/Maxym Marusenko

Ernten 2022 abzeichnet. Auch das Angebot auf den Exportmärkten – mit Ausnahme von Speiseölen – ist stabil. Das galt nach dem Istanbuler Abkommen zwischen der Ukraine und Russland selbst für Weizen. Allerdings hat die russische Regierung das Abkommen Ende Oktober aufgekündigt.

Wie es auf dem Weltmarkt weitergeht, ist schwer einzuschätzen. Klar ist aber, dass der Weizenpreis, sowie der anderer Getreidearten und Nahrungsmittel trotz guter Ernten in den vergangen Wochen kaum gesunken ist, was mit der Erwartung von Spekulanten zu tun hatte, Russland könne Verknappung wieder als Kriegswaffe einsetzen.

ENERGIEABHÄNGIGE BETRIEBE

Ein weiterer Grund, weswegen der Preisanstieg für Getreide und der andere Nahrungsmittel wie Fleisch, Milchprodukte, Zucker und Speiseöle weit vor der russischen Aggression begann, liegt in der fatalen Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Energiekosten (Kirikkaleli et al., 2021).

Die Energiekosten für Maschinen und Fahrzeuge sowie die Herstellung von Betriebsmitteln machen in der Regel fast die Hälfte der Kosten beim Anbau von Weizen aus. Hinzu kommt dann noch die benötigte Energie für Transport, Lagerung und Verarbeitung, zum Beispiel zu Mehl, was die Weizenmenge auch noch um fast 25 bis 30 Prozent reduziert. Die Preise für Getreide, Fleisch und Milchprodukte sind also sehr abhängig von den Energiepreisen.

Das setzt sich mit der Ausweitung der industriellen Intensivlandwirtschaft ständig fort und dient den Interessen der Agrarkonzerne, die für Ertragsteigerungen die immer gleichen Antworten haben: noch mehr Agrarchemie, noch mehr Agrargifte, noch größere Maschinen und noch mehr Transport. Das Ganze funktioniert – betrachtet man ihre Gewinnmeldungen – bestens, besonders, wenn fossile Energie günstig zur Verfügung steht. Die Schäden für die Böden, die Biodiversität und vor allem für das Klima werden ja nicht den Verursachern auferlegt, sondern der Allgemeinheit.

Da hohe Preise für Gas und Öl bis zum vollständigen Ausstieg aus fossilen Energien zum Schutz des Erdklimas wohl bestehen bleiben, stellt sich die Frage nach einem radikalen Umbau der Ernährungssysteme immer dringender. Die Stimmen aus dem Globalen Süden, die eine Umkehr oder eine radikale Reduzierung der Abhängigkeit der eigenen Nahrungsversorgung vom globalen Roulette der industriellen Landwirtschaft fordern, werden immer lauter. Diese Verschärfung der Preiskrise für Getreide oder Speiseöle durch den russischen Angriffskrieg offenbarte so auch die Abhängigkeit vieler Staaten von Nahrungsimporten.

Allerdings sollte man bei der Aufzählung der von ukrainischem oder russischem Weizen abhängigen Staaten etwas statistische Sorgfalt walten lassen und nicht nur auf die prozentuale Importabhängigkeit schauen, sondern auch auf die realen Importmengen. Der Kalorienanteil von Weizenprodukten am täglichen Kalorienverbrauch ist da ein besserer Gradmesser. Zum Beispiel haben Niger und Ägypten eine ungefähr gleich hohe Abhängigkeit von Weizenimporten (90 Prozent) über das Schwarze Meer. Während Weizenprodukte aber in Ägypten ein Drittel des täglichen Kalorienverbrauchs abdecken, sind es in Niger gerade ein Prozent.

Dennoch muss die zentrale mittelfristige Krisenreaktion für die meisten Staaten sein, die eigene Nahrungsproduktion zu steigern und unabhängiger von Importen zu werden. Das Menschenrecht auf ausreichende, gesunde und ausgewogene Ernährung ist eine Verpflichtung für alle Länder und für die internationale Staatengemeinschaft. Die Steigerung der akut hungernden Menschen aufgrund der Preiskrise, die weiter hohen Zahl an chronisch Hungernden und 2,3 Milliarden Menschen, die sich keine gesunde Nahrung leisten können, sind nach wie vor ein Skandal und eine Verletzung ihrer Rechte.

Da immer noch 70 bis 80 Prozent der produzierten Nahrung von bäuerlichen Familienbetrieben erzeugt werden, ist es unabdingbar, anzuerkennen, dass sie eine Schlüsselfunktion für die Beseitigung von Hunger, für die Reduzierung der Importabhängigkeit und die Senkung der Nahrungsmittelpreise haben.

Die Abkehr von Importabhängigkeit wie sie jetzt Regierungen von Entwicklungsländern, internationale Geldgeber, wie das BMZ, oder die Weltbank propagieren, darf aber nun nicht zu einer intensiveren Abhängigkeit von importiertem Hybridsaatgut, Chemiedünger oder Pestiziden führen. So würde die eine Abhängigkeit von fossiler Energie (Nahrungsmittel) durch eine andere (Betriebsmittel) abgelöst. Erst recht dürfen, wie jetzt in Kenia auf Druck der USA und ihrer Agrarkonzerne geschehen, nicht Entwicklungsgelder und Hilfslieferungen von der Freigabe von gentechnisch verändertem Saatgut abhängig gemacht werden, die das industrielle Agrarmodell voraussetzen.

REFERENZEN

The Hunger Profiteers, Lighthouse Reports 2022
https://www.lighthousereports.nl/investigation/the-hunger-profiteers/
Kirikkaleli, D., Darbaz, I., 2021: The Causal Linkage between Energy Price and Food Price. Energies 2021 14, 4182.
https://doi.org/10.3390/en14144182

FRANCISCO MARÍ
ist Referent Welternährung, Agrarhandel, Meerespolitik bei Brot für die Welt.
francisco.mari@brot-fuer-die-welt.de

Bäcker in Kairo: In Ägypten spielt Weizen eine wichtige Rolle.

Foto: picture-alliance/EPA/KHALED ELFIQI

Agrarökologischer Umbau

Die vollständige Umstellung der Nahrungsproduktion auf standortgerechte, agrarökologische Konzepte ist die beste Antwort auf die derzeitige Preis- und Hungerkrise. Sie bedeutet für Bauern und Bäuerinnen einen Ausstieg aus den teuren Produkten der Agrarchemie und für Verbraucherinnen und Verbraucher eine neue Vielfalt an lokalen, gesunden Nahrungsprodukten. Eine Abkehr von Importen würde auch die starke Reduzierung vom nährstoffarmen Getreideanbau, wie Mais oder Reis, bedeuten, außerdem eine Stärkung der Selbstversorgung, die (Preis-)Krisen in den Familien abfedert.

Diesen Umbau zu einem anderen, postfossilen Ernährungssystem haben Millionen Landwirte und ihre Vertreter als ihren Lösungsbeitrag zur Preis- und Hungerkrise auf der letzten Sitzung des UN-Welternährungsausschusses (Committee on World Food Security – CFS) im Oktober 2022 gefordert. Es ist nötig, dass auch die Industrieländer das Konzept der Ernährungssouveränität akzeptieren und unterstützen (CSIPM, 2022).

Da passt es nicht, dass im Rahmen der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierten Ernährungsinitiative (GAFS – Global Alliance for Food Security) die Weltbank den Entwicklungsländern 30 Milliarden an Krediten zur Verfügung stellen will, um für die nächsten Ernten Dünger einzukaufen. Am Ende wird das vor allem die Gewinne der Agrarkonzerne mehren. Ein Teil der mittelfristigen Unterstützung muss zur Förderung eines agrarökologischen Umbaus eingesetzt werden, wie ihn auch das BMZ selbst, aber auch Entwicklungsorganisationen, wie Brot für die Welt, seit Jahren fördern und begleiten.

Die Industrieländer müssen aber auch ihre Landwirtschaft umstellen, damit nach einem hoffentlich baldigen Ende der Preiskrise und des perfiden russischen Machtspiels mit dem Hunger, nicht wieder subventionierte Getreide-, Milch- und Fleischmengen aus der EU die Märkte im Globalen Süden überschwemmen. Dies stört nämlich die lokale Agrarproduktion und verdrängt Kleinbauern von ihren Märkten.

Dazu bedarf es auch eines veränderten Handelssystems, das Entwicklungsländer nicht mit Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) oder bilateralen Abkommen dazu zwingt, ihre Märkte für EU-Produkte offenzuhalten. Nur so können sie lokale Produktion schützen. Entwicklungsländern muss es auch erlaubt sein, Subventionen als Produktionsanreiz zu zahlen und öffentliche Lagerbestände aufzubauen, um Preis- und Mengenkrisen zu mildern. Ägypten und Indien haben in dieser gegenwärtigen Krise gezeigt, dass diese Preisstützungen den Ärmsten geholfen haben, aber nicht ausreichend sind um einen Anstieg der Hungernden zu verhindern, wenn sämtliche benötigten zugekauften Nahrungsmittel teurer werden.

In solchen Situationen Länder zu kritisieren, weil sie Exportrestriktionen erlassen, um zu verhindern, dass ihr subventioniertes Getreide den Händlern auf dem Weltmarkt Profite einbringt, hat einen Hauch von Heuchelei. Die Agrarminister der sieben führenden westlichen Industriestaaten (G7) hatten im Juni Indiens Entscheidung kritisiert, die Ausfuhr von Weizen mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

Wollen die USA, Kanada, Frankreich oder Deutschland wirklich durch zusätzliche Exportmengen dem hohen Weizenpreis, den Spekulanten oder Putin die Stirn bieten, haben sie mit ihren eigenen großen Getreidemengen, die nur verfüttert oder verheizt werden, Millionen von Tonnen, die sie bereitstellen könnten. Dies könnte bitter nötig werden, falls Russland wieder die Weizenproduktion in der Ukraine behindert oder aber im nächsten Jahr die Ernten weltweit tatsächlich – wie viele Experten voraussagen – aufgrund der hohen Düngemittelpreise viel geringer ausfallen.

Dass stattdessen Verbände und Agrarkonzerne die globale Ernährungs- und Preiskrise missbrauchen, um massiv Druck in Europa und Deutschland zu erzeugen, die energieintensive Produktion auszubauen und fordern, dass selbst die kleinsten Fortschritte zum nachhaltigen Umbau der europäischen Landwirtschaft zurückgenommen werden, ist nicht nur unverfroren, sondern der beste Weg in die nächste Hunger-, Energie- und Preiskrise. FM

REFERENZ

Civil society and Indigenous People's Mechanism for Relations with the Committee on World Food Security (CSIPM), 2022: Voices from the ground 2: transformative solutions to the global systemic food crises., FAO Headquarters, Rome ***https://www.csm4cfs.org/wp-content/uploads/2022/09/layout-CSIPM-summary-EN.pdf***

Kleinbauern mit traditionellen Methoden wie hier in Nepal kommt beim agrarökonomischen Umbau der Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu.

Foto: picture-alliance/NurPhoto/Rojan Shrestha

INDIEN

Neues Ernährungsbewusstsein

Als fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt ist Indien auch einer der wichtigsten Lebensmittelproduzenten. Dennoch können sich mehr als 70 Prozent der 1,4 Milliarden Inderinnen und Inder keine ausgewogene Ernährung leisten. Die große Frage ist: Wie kann das Land seine Bevölkerung nachhaltig ernähren? Alte Getreidesorten könnten ein Teil der Lösung sein.

Von Roli Mahajan

Indien ist einer der größten Getreideproduzenten, liefert 21 Prozent der weltweiten Milchmenge, steht an zweiter Stelle bei der Fischproduktion und an dritter Stelle bei der Eierproduktion. Allerdings sind in diesem riesigen Land auch 224 Millionen Menschen unterernährt – das ist fast ein Viertel der Gesamtzahl der Betroffenen weltweit. Das steht im UN-Bericht „The State of Food Security and Nutrition in the World 2022".

Die Unterernährung hat dramatische Folgen. Laut Daten des indischen Gesundheitsministeriums, erhoben von 2019 bis 2021, sind mehr als 35 Prozent der indischen Kinder unter fünf Jahren aufgrund schlechter Ernährung in ihrem Wachstum und ihrer Entwicklung beeinträchtigt (stunting). In Städten war die Quote 30,1 Prozent, im ländlichen Raum 37,3 Prozent. 187 Millionen indische Frauen litten an Blutarmut.

Die Ernährungssituation hat sich in Indien in den vergangenen Jahren verschlechtert. Laut einer Umfrage unter rund 6700 indischen Haushalten in 14 Bundesstaaten berichteten 2021 insgesamt 79 Prozent der Befragten, sie litten unter eine Art von Ernährungsunsicherheit. Ein Viertel der Familien sprach von „schwerer Ernährungsunsicherheit". Diese „Hunger Watch"-Umfrage wurde von mehreren unabhängigen Organisationen durchgeführt, darunter die Right to Food Campaign und das Centre for Equity Studies.

Auch andere Quellen bestätigen diese Entwicklung. Im Welthunger-Index, den die beiden internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen Welthungerhilfe (Deutschland) und Concern Worldwide (Irland) jährlich erstellen, rutschte Indien 2021 vom 94. auf den 101. Rang unter 116 Ländern ab. Es lag damit hinter den Nachbarländern Pakistan, Bangladesch und Nepal. Gründe waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie und Missernten wegen Dürren.

Als Antwort auf die Hungerkrise in der Pandemie startete die indische Regierung öffentliche Hilfsprogramme wie das Pradhan Mantri Garib Kalyan Anna Yojana. Dabei wurde Getreide kostenlos an arme Bevölkerungsschichten verteilt. Die Vertrieb stark subventionierter Grundnahrungsmittel an arme Menschen mit Berechtigungsscheinen lief zudem weiter. Heute hängen etwa 60 Prozent der indischen Bevölkerung von subventioniertem, staatlichem Getreide ab. Dabei geht es vor allem um Reis und Weizen.

Experten kritisieren, dass die Subventionen helfen, genügend Kalorien bereitzustellen, aber keine angemessene Versorgung mit wichtigen Nährstoffen wie Vitaminen und Proteinen sicherstellen. Problematisch ist auch, dass fett-, zucker- und salzhaltige Lebensmittel oft billiger sind und mehr Kalorien liefern als gesunde Lebensmittel wie Obst und Gemüse. Dürresommer und der Krieg in der Ukraine haben gesunde Lebensmittel zusätzlich teurer gemacht.

Viele Ernährungsfachleute empfehlen, traditionelle Getreidesorten wie Hirse wiederzubeleben, um eine ausgewogene Ernährung zu sichern. Hirse ist reich an Ballaststoffen, Eisen und bestimmten Vitaminen und wird von rund 90 Millionen Menschen in Afrika und Asien als Grundnahrungsmittel verzehrt. Dieses Getreide wird oft als „Arme-Leute-Essen" bezeichnet.

Hirse war früher auch in Indien ein Grundnahrungsmittel. Als das Land seine Unabhängigkeit erlangte, waren noch 40 Prozent des angebauten Getreides Hirse. Dann strebte Indien im Zuge der „Grünen Revolution" die vollständige Selbstversorgung an und konzentrierte sich auf die Steigerung der Reis- und Weizenproduktion. Die Grüne Revolution bedeutete die Umstellung der traditionellen Landwirtschaft auf moderne Produktionsmethoden mit Maschinen, Dünger und Hochertragssorten. Die Bauernhöfe bauten nun vornehmlich ertragreiche Getreidesorten an. Hirse geriet weitgehend in Vergessenheit.

Bäuerin in Rajasthan bei der Hirseernte.

Foto: picture-alliance/NurPhoto/Himanshu Sharma

Die intensive Landwirtschaft ist allerdings nicht nachhaltig, da die Produktion ressourcenintensiv, getreidezentriert und auf bestimmte Regionen begrenzt ist. Obendrein leiden die Böden unter dem exzessiven Einsatz von Dünger und Pestiziden.

Nach der Liberalisierung und Marktöffnung der 1990er-Jahre wuchs vor allem in den Städten zudem die Bedeutung verarbeiteter Lebensmittel mit hohem Fett-, Zucker- und Salzgehalt. Erst langsam wächst in der indischen Bevölkerung das Bewusstsein für gesunde Ernährung.

WIEDERBELEBUNG DER HIRSE

Heute wird die Qualität der Hirse wieder anerkannt. Sie enthält wertvolle Nährstoffe, hat eine kurze Reifezeit, kann in fast allen tropischen Klimazonen angebaut werden und ihr Anbau verursacht geringe CO_2-Emissionen. Laut Zahlen der indischen Regierung ist die Produktion von Hirse von 14,5 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 2015/16 auf rund 18 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 2020/21 gestiegen. Indien hat 2018 sogar als „Jahr der Hirse“ gefeiert.

Seitdem haben viele indische Bundesstaaten Programme zur Wiederbelebung des Hirseanbaus initiiert. Indien hat sich bei den UN auch erfolgreich für die Ausrufung des „Internationalen Jahres der Hirse“ 2023 eingesetzt. Im Vorfeld dieses Jubiläums ermutigt die Regierung Hirse-Initiativen. Finanzministerin Nirmala Sitharaman kündigte kürzlich einen Wettbewerb für Startups an, um Innovationen in der gesamten Wertschöpfungskette der Hirse zu entwickeln.

Der indische Agrarwissenschaftler Mahalingam Govindaraj hat kürzliche den renommierten Norman Borlaug Field Award gewonnen. Als Angestellter von ICRISAT (International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics) in Hyderabad leitete er Jahre lang die Züchtung und den Vertrieb von besonders ertragreichen Hirsesorten mit hohem Eisen und Zink Gehalt.

Sein Vorbild beflügelt nun weitere Bestrebungen zur Biofortifikation von Hirse. Biofortifikation bedeutet, Pflanzen so zu züchten, dass sie einen höheren Nährstoffgehalt haben.

Schätzungen zufolge werden bis 2024 mehr als 9 Millionen Inder biofortifizierte Hirsesorten verzehren. Die Landwirtschaft meldete steigende Nachfrage auch in den Städten. Die Belieferung der dortigen Märkte ist aber kompliziert, so dass die Agrarfamilien nur einen kleinen Teil des Verkaufspreises erhalten, den Endverbrauchende zahlen. Die Höfe können auch nicht so viel produzieren wie von anderen Getreidesorten, weil die Erträge pro Hektar viel niedriger sind als bei Reis oder Weizen. Es mangelt auch an Verarbeitungsinfrastruktur.

Hirse ist sicherlich nicht die Patentlösung für alle Ernährungsprobleme in Indien. Sie kann aber einen wichtigen Beitrag zur höherer Ernährungssicherheit leisten.

ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin und lebt im nordindischen Lucknow.

roli.mahajan@gmail.com

BIOTECHNOLOGIE

Weshalb Uganda kein Gentechnik-Gesetz hat

Gentechnik gilt als möglicher Schlüssel im Kampf gegen den Hunger. Zugleich besteht Skepsis im Hinblick auf negative Folgen. In Uganda bleibt die Diskussion bisher theoretisch, denn die Art von Gesetz, die relevante Fragen klärt und gewerbliche Anwendung attraktiv macht, gibt es bislang nicht.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Landwirtschaft spielt in Uganda eine zentrale Rolle, sowohl für die Versorgung der Bevölkerung als auch für den Export. Viele Familien leben von regenbewässerter Subsistenzlandwirtschaft, doch nicht immer reicht das Essen für alle. Die FAO (UN Food and Agriculture Organization – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) schätzt, dass im Jahr 2020 knapp ein Fünftel der Bevölkerung unter gravierender Ernährungsunsicherheit litt. Die Weltbank schätzt zudem, dass nach dem zweiten Corona-Lockdown 2021 die Hälfte der Bevölkerung von moderater Ernährungsunsicherheit betroffen war.

Eine Erklärung für die anhaltende Ernährungsunsicherheit ist die Klimakrise: Viele Gebiete leiden unter langen Trockenperioden, weil sich Niederschlagsmuster verändert haben. Andererseits haben Extremwetter 2022 zu schweren Überflutungen geführt (siehe Box, S. 27).

Erschwerend kommt hinzu, dass in keinem anderen Land in Afrika mehr Geflüchtete leben als in Uganda – mehr als 1,5 Millionen. Die Menschen fliehen vor Konflikten aus Nachbarländern wie dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo. Auch sie müssen mit Nahrung versorgt werden. In Uganda leben derzeit knapp 50 Millionen Menschen.

Als eine Lösung für mehr Ernährungssicherheit gilt die Nutzung von Gentechnik. Laut Expertenmeinung lassen sich die Erträge mancher Nutzpflanzen mit ihrer Hilfe verdreifachen. Pflanzen lassen sich so verändern, dass sie Schädlingen und Trockenheit trotzen oder bessere Nährwerte auf-

weisen. Andererseits wird sie auch genutzt, um Nutzpflanzen gegen Pestizide resistent zu machen, sodass der Einsatz von Dünger und Unkrautvernichtungsmitteln drastisch erhöht werden kann. Solche Konzepte sind nicht nur ökologisch sehr schädlich, sie erfordern auch hohen und teuren Input.

Da Uganda aufgrund der Klimakrise wohl weiterhin mit Dürren zu kämpfen haben wird, ist die Aussicht auf genmodifizierte Pflanzen, die weniger Wasser brauchen, verlockend. Auch höhere Erträge wären begrüßenswert angesichts des durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstums von gut drei Prozent.

Landwirtschaft in Uganda: Die Nutzung von Gentechnik könnte kleinbäuerliche Betriebe von Konzernen abhängig machen.

Gebremst wird der Einsatz von Gentechnik bislang durch fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen. Unklar sind beispielsweise Fragen der Haftung bei negativen Auswirkungen. Auch Aspekte des Patentschutzes sind nicht geklärt. Ugandas Wissenschaftsministerin Monica Musenero betont, es brauche Gesetze, um Innovation und Forschung im Bereich der Biotechnologie voranzubringen und mit Risiken umzugehen. Sie hält klare Rechtsbestimmungen für nötig, um hochwertige Produkte zu bekommen und das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern.

Der Gesetzgebungsprozess stockt jedoch seit Jahren. Präsident Yoweri Museveni hat zweimal (2017 und 2019) einen vom Parlament beschlossenen Entwurf abgelehnt und Verbesserungen verlangt. Seither gab es keinen Durchbruch.

Museveni und viele andere treibt die Sorge um, der Einsatz von Gentechnik könne menschliche DNA verändern. Er forderte, gentechnische Veränderungen auf Pflanzen und Nutztiere zu beschränken. Museveni argumentiert auch mit der Gefährdung der Biodiversität. Der Präsident verlangt, dass ein künftiges Gesetz die Errichtung von Gen- und Saatbanken vorsieht, in denen ursprüngliche Tier- und Pflanzenarten aufbewahrt und geschützt werden. Fachleute weisen aber auch darauf hin, dass Biodiversität der Evolution unterliegt, sodass es nicht reicht, altes Genmaterial zu sichern. Dieses muss sich nämlich selbst in lebendigen Ökosystemen weiterentwickeln. Folglich müssen traditionelle Nutzpflanzen auch weiter angebaut werden, wenn ihre Gene nicht wertlos werden sollen (siehe Parvis Koohafkan auf S. 30).

KLEINBÄUERLICHE PROFITE FRAGLICH

In Uganda und anderen Entwicklungsländern sind die Chancen kleinbäuerlicher Betriebe, von Gentechnik zu profitieren, viel kleiner als die von Großbetrieben oder gar großer multinationaler Saatgut- und Agrarchemiehersteller. Kleinbetriebe könnten zudem in Abhängigkeit von solchen Konzernen geraten – etwa, weil sie jährlich neues Saatgut, Dünger und Pestizide kaufen müssten (zur Rolle kleinbäuerlicher Betriebe für die Ernährungssicherheit siehe Interview mit Hildegard Lingnau auf www.dandc.eu).

In Uganda kommt hinzu, dass noch eine deutlich größere landwirtschaftliche Fläche bewässert werden könnte als bisher. Mit einer Ausweitung der Bewässerung könnte, so das Argument, die Produktivität ebenfalls gesteigert werden – ohne die Risiken der Gentechnik eingehen zu müssen.

„Ernährungssicherheit ist das am wenigsten überzeugende Argument für Gentechnik", sagt die ugandische Forscherin und Aktivistin Mary Serumaga – vor allem wenn sie von ausländischen Institutionen empfohlen werde und die dahinterstehenden Interessen nicht klar seien. Sie wirft Investoren und reichen Nationen vor, über die Köpfe derer hinweg zu entscheiden, die tatsächlich von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen sind. In den wichtigen internationalen Verhandlungsrunden seien etwa kleinbäuerliche Betriebe nicht ausreichend vertreten, so Serumagas Vorwurf. Die Diskussion über das Gentechnik-Gesetz in Uganda geht weiter.

Indessen ist das Land allerdings bereits an Kooperationen beteiligt, um Ernteerträge und auch Erträge aus der Nutztierhaltung zu verbessern. Federführend ist die 2005 gegründete Nationale Agrarforschungsorganisation (NARO – National Agricultural Research Organization). Sie schloss sich 2020 der Initiative „Feed the Future" von USAID (United States Agency for international Development) an, welche die US-Behörde auch in anderen Entwicklungsländern vorantreibt. Ein Ziel ist es, Innovationen voranzubringen, die bessere Erträge und Nährwerte versprechen – nicht unbedingt mittels Gentechnik. Bereits vor dieser Kooperation hat USAID in Uganda eine orangefarbene Süßkartoffelsorte mit hohem Vitamin-A-Gehalt eingeführt, die nicht mittels Gentechnik erzeugt wurde.

RONALD SSEGUJJA SSEKANDI
ist ein Autor aus Uganda und betreut für E+Z/D+C die Kolumne Heutzutage.
sekandiron@gmail.com

Foto: jd

Starkregen in Uganda

Dieses Jahr brachte die langersehnte Regenzeit Überflutungen in vielen Teilen des Landes. Am härtesten traf es Gegenden mit fragilen Ökosystemen wie Teile des Hügel- und Berglands, Wälder, Flussläufe, Seeufer und Weideflächen. Viele dieser Gebiete haben bereits in den vergangenen Jahren unter menschlichen Eingriffen oder anderen Degradierungen gelitten. Auch ist die Bevölkerung seit der Jahrtausendwende von 23 Millionen auf nahezu 50 Millionen angewachsen. Mit der Industrialisierung nimmt die Verschmutzung zu, das Land kämpft mit diversen Umweltproblemen.

Besonders schädliche Folgen hat die globale Erwärmung. Zahlreiche Dürren, Überflutungen, Stürme, Hitzewellen und Erdrutsche beeinträchtigen die Landwirtschaft und somit die Ernährungssicherheit. Zudem hat sich in Gegenden mit nun längeren Regenphasen die hygienische Situation verschlechtert, entsprechend ist auch das Cholerarisiko gestiegen.

Das Leid ist groß. Allein im August und September starben Berichten zufolge mehr als 60 Menschen durch die Überflutungen. Viele haben ihr Zuhause verloren, eine humanitäre Krise droht. Hilfsorganisationen mussten eingreifen. Am schlimmsten ist es in den Regionen Elgon, Südwest, Lango und West-Nil.

International finden Ugandas aktuelle Probleme kaum Beachtung. Weltweit Schlagzeilen machten andere Katastrophen, etwa die Überschwemmungen in Pakistan.

Verglichen mit der Flutkatastrophe in Pakistan sind die ugandischen Zahlen niedrig. Dennoch leiden etwa 90 000 Menschen, als direkt Betroffene unter den Folgen. Klar ist, dass die Medien sich auf die schlimmste Fälle fokussieren – und dass die Klimakrise darüber hinaus weltweit noch wesentlich mehr Menschen trifft.

Ugandas Wirtschaft hängt größtenteils von der Landwirtschaft ab, insbesondere vom regengespeisten Feldbau. Viele Betriebe sorgen sich um die Ernte. „Der Regen ist gut für uns", sagte der Landwirt Kasasa Emmanuel aus dem Distrikt Wakiso noch im Sommer. „Aber wenn er weiter so stark fällt, könnte unsere Ernte kaputtgehen." Experten gehen allerdings weiter von guten Ernten aus, besonders dort, wo es keine übermäßigen Niederschläge gab.

Laut Alex Businge von der Beratungsfirma Harvest Agriculture Solutions ist es zentral, die Frühwarnsysteme zu stärken. Menschen vorzuwarnen hilft, Schäden durch extreme Wetterereignisse zu verringern.

Frühwarnsysteme sind nicht der einzige Weg, sich an die globale Erwärmung anzupassen. Die veränderten Wettermuster wirken sich nicht nur auf die Landwirtschaft aus, sondern auch auf die Wasserversorgung, menschliche Gesundheit, Siedlungen und allgemeine Infrastruktur.

Julius Mucunguzi, ein Regierungsbeamter, sagt: „Die langfristige Lösung besteht darin, die Umwelt zu schützen, sich von Feuchtgebieten und Flussufern fernzuhalten und die Zerstörung von Flussläufen zu vermeiden." Der Klimawandel ist in seinen Augen unbestreitbar. „Man kann nicht mehr vorhersagen, wann und wie intensiv es regnen wird", ergänzt er.

In Uganda und vielen anderen Entwicklungsländern sind nationale Regierungen tendenziell überfordert. Große Not bringt auch die Inflation. Sie entstand infolge der langen Covid-19-Lockdowns und hat sich durch die Verknappung von Rohstoffen aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine verschärft.

Die am wenigsten entwickelten Länder verdienen Entschädigungen für Schäden, die sie nicht verursacht haben. Verursacherländer müssen Verantwortung übernehmen. Wir brauchen ein internationales Abkommen für „Verluste und Schäden" (siehe Saleemul Huq auf www.dandc.eu).

Außerdem müssen unsere Regierungen Lösungen auf lokaler Ebene finden und umsetzen. Naturbasierte Optionen sind sinnvoll. Sie sind relativ günstig, dabei hocheffektiv und dienen sowohl der Anpassung an die Klimakrise als auch der Schadensbegrenzung (siehe David Mfitumukiza auf www.dandc.eu).

Oft lenken kurzfristige Bedürfnisse die Aufmerksamkeit von langfristigen Erfordernissen ab. Die internationale Gemeinschaft kann es sich aber nicht leisten, die Klimakrise zu ignorieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Probleme außer Kontrolle geraten. RSS

Reales Leid – Erhebung der Todesfallzahlen in Kasese, Uganda, Anfang September.

Foto: picture-alliance/AA/Nicholas Kajoba

AGRARWIRTSCHAFT

„So kann es nicht weitergehen“

Die Intensivlandschaft muss umweltverträglich werden, und die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss ökologisch sensibel intensiviert werden, sagt Mathias Mogge von der Welthungerhilfe. Die Politik müsse entsprechend umsteuern.

Mathias Mogge im Interview mit Hans Dembowski

Der Kampf gegen den Hunger stagniert, und vielerorts gibt es Rückschläge. Ihrem aktuellen Welthungerindex 2022 zufolge hatten 828 Millionen Menschen schon voriges Jahr nicht genug zu essen. Was bedeutet in diesem Zusammenhang der Angriff Russlands auf die Ukraine?

Er vergrößert die Not und hat der Weltgemeinschaft deutlich gemacht, wie wichtig Getreideausfuhren sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland sind. Importländer hängen von der Einfuhr von Weizen, aber auch Sonnenblumenöl ab. Weil Lieferungen aus beiden Ländern über das Schwarze Meer ausblieben, sind die Weltmarktpreise deutlich gestiegen. Die Preise waren zuvor schon wegen Covid-19-bedingter Lieferkettenengpässe ungewöhnlich hoch. Inzwischen liegt der Weltmarktpreisindex der FAO wieder unter den Rekordwerten von April/Mai, aber von Entwarnung kann noch keine Rede sein. Die Verbraucherpreise sind fast überall immer noch sehr hoch, und selbst in hoch entwickelten Ländern wie den USA oder Deutschland sind immer mehr Menschen auf Lebensmitteltafeln angewiesen.

Was bedeutet das für die Agrarpolitik?

Die aktuelle Krise befeuert viele Fragen. Wie geht es mit dem internationalen Agrarhandel weiter? Welche Konsequenzen muss die EU-Landwirtschaftspolitik ziehen? Welche Politik kann gemeinsam mit Entwicklungsländern verfolgt werden? Die Diskussion läuft auf Hochtouren, aber klar ist: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Ökologische Probleme werden schon seit Längerem diskutiert – vom hohen Ressourcen- und Energieverbrauch der großflächigen Intensivlandwirtschaft bis zur Klimakrise und der Erosion der biologischen Vielfalt. Jetzt ist deutlich geworden, dass die Ernährungssicherheit im aktuellen System äußerst krisenanfällig ist.

https://www.globalhungerindex.org/download/all.html

In welche Richtung müssen Reformen gehen?

Drei Punkte sind zentral:

- Wir brauchen eine Ökologisierung der großflächigen Landwirtschaft und der Viehzucht.
- Wir brauchen eine boden- und ressourcenschonende Intensivierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.
- Die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss in regionalen Marktsystemen verankert sein.

Das sind komplexe Aufgaben. Die Politik muss umsteuern. Subventionen müssen nach anderen Kriterien vergeben werden. Diversifizierung muss gefördert werden. Dünger und Pflanzenschutzmittel dürfen nur sparsam und zielgenau eingesetzt werden. Investitionen müssen umgeleitet werden. Unverzichtbar ist auf jeden Fall kompetente Beratung für Kleinbauern und -bäuerinnen, die auf ihre spezifischen örtlichen Bedingungen eingeht. Besonders wichtig ist es auch, die bäuerlichen Erzeugnisse in den Markt zu integrieren, beispielsweise indem Supermärkte deren Waren als festen Bestandteil aufnehmen.

Die Agrar-Extension-Services in Entwicklungs- und Schwellenländer tun das aber bisher kaum.

Ja, leider, obwohl die Kleinbetriebe immens wichtig sind. Sie verfügen über traditionelles, vor Ort verankertes Wissen – etwa über die vielen Varianten von traditionellem Saatgut, das wiederum für die Züchtung von neuen verbesserten Sorten wichtig sein kann. Deshalb dürfen weder die genetische Vielfalt der traditionellen Landwirtschaft noch die bäuerlichen Kenntnisse davon verloren gehen (siehe Parviz Koohafkan auf S. 30). Außerdem ist in abgelegenen Gegenden benachteiligter Weltregionen die Kleinlandwirtschaft häufig das einzige soziale Sicherheitsnetz. Sie sollte für eine Mindestversorgung mit Nahrung, aber auch Einkommen sorgen.

Vielen Menschen gelten Dorfgemeinschaften aber als tendenziell rückständig.

Das ist eine falsche Einschätzung. Kleinbauern und -bäuerinnen sind schlau. Sie denken unternehmerisch. Sie wissen genau, was sie wollen und was sie brauchen. Sie zeigen großes Interesse an Know-how und auch an Digitalisierung. Wir haben zum Beispiel in verschiedenen Ländern eine Mobiltelefon-App eingeführt, die dabei hilft, Maschinen gemeinsam zu nutzen. Sie heißt AgriShare und wird begeistert angenommen. Die Leute wollen mitmachen und mitentscheiden.

Lässt sich mit agrarwissenschaftlicher Expertise kleinbäuerliche Produktivität steigern?

Ja, das habe ich in Mali miterlebt, wo ich für die Welthungerhilfe arbeitete, als ICRISAT, das International Crops Research Institute for the Semi-Arid-Tropics, seine eisen- und zinkreiche Perlhirse züchtete (siehe Roli Mahajan auf S. 24). Das war ein großer Erfolg, und die Bauern und Bäuerinnen wurden kontinuierlich in die Arbeit einbezogen, was natürlich nur ging, weil der Austausch in ihren Sprachen und nicht nur auf Englisch oder Französisch stattfand. ICRISAT

Foto: WHH/Concern

Bayerischer Kuhstall: Industrielle Tierhaltung ist ressourcenintensiv und umweltschädlich.

hat seinen Hauptsitz in Indien, aber auch Ableger in Afrika.

Aber sie ist keine traditionelle Sorte.
Es geht nicht um ein Entweder-oder im dem Sinne, dass nur traditionelle Landsorten verwendet werden dürften, aber keine gezüchteten Sorten. Die Landsorten sind doch selbst das Ergebnis jahrhundertelanger Züchtung. Wichtig ist, die Produktivität zu steigern, ohne das örtliche Ökosystem zu schwächen. Dafür ist der Austausch von Forschung und Praxis dringend nötig. Die Welthungerhilfe wird sich künftig stärker dafür einsetzen.

Worauf muss die Politik in Entwicklungsländern noch achten?
Sie muss vielfältige, gesunde und umweltverträgliche Ernährung für alle anstreben. Das alleinige Ziel darf nicht sein, möglichst viele Kalorien zu produzieren. Der enge bisherige Getreidefokus geht oft auf die Kolonialgeschichte zurück, ohne die Mais, etwa in Afrika keine so große Rolle spielen würde. Andererseits wird oft übersehen, wie wichtig kommunale und andere subnationale Instanzen sind. Die Welthungerhilfe engagiert sich zunehmend für lokale Governance. Bürgermeister, Distriktverwaltungen oder Landesregierungen müssen örtlichen Gemeinschaften gegenüber rechenschaftspflichtig werden. Als Welthungerhilfe unterstützen wir örtliche Partnerorganisationen mit Rat und Geld, um die Gemeinden dabei zu unterstützen, ihre Rechte einzufordern.

Was steht dabei im Vordergrund?
Relevant sind Themen wie Bildungs- und Gesundheitsfragen, aber auch Agrarberatung und -förderung. Selbstverständlich ist auch die lokale Infrastruktur wichtig: Verkehrswege, Strom- und Wasserversorgung et cetera. All das ist teuer, aber unverzichtbar. Wenn kleine Agrarbetriebe florieren sollen, brauchen sie Anschluss an Märkte und verarbeitendes Gewerbe. Lokale Behörden spielen dabei eine wichtige Rolle. Deshalb ist es richtig, dass die Zivilgesellschaft Druck auf sie ausübt. Zugleich ist es auch nötig, der Landbevölkerung zu vermitteln, worauf zum Beispiel die nationale Agrarpolitik abzielt, denn sonst kann sie politisch gar nicht reagieren.

Weltweit dominieren große Agrarbetriebe die Lobbyarbeit, weil Kleinbauern und -bäuerinnen auf ihren Höfen zu viel Arbeit für großes Verbandsengagement haben. Im Ergebnis macht dann staatliche Förderung die Großen größer, hilft den Kleinen aber kaum.
Die Erfahrung zeigt trotzdem, dass es sich lohnt, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren. In Liberia gab es große Erfolge bei der Landrechtsreform. Jetzt haben Frauen leichter Zugang zu Land. Zivilgesellschaftliche Organisationen können konstruktive Dialoge auslösen. Wenn Regierungen sehen, dass partizipative Lösungen funktionieren, treiben sie diese auch selbst voran. Sie wollen ja Erfolg haben.

Müssen Länder mit hohen Einkommen weniger Fleisch und Milch konsumieren?
Die derzeit übliche Tierhaltung widerspricht dem Tierschutz, ist klimaschädlich, vergeudet Ressourcen und lässt die biologische Vielfalt erodieren. Die Erzeugung von Futtermitteln erfordert riesige Mengen an Wasser, Dünger, Pestiziden und Energie. Unser verschwenderischer Lebensstil lässt sich nicht auf Dauer aufrechterhalten, was nicht nur Verzicht, sondern auch Chancen bedeutet. Es ist gesund und lecker, pflanzliche statt tierischer Proteine zu sich zu nehmen.

Wie bewerten Sie die Rolle multilateraler Organisationen – dienen sie vor allem den Interessen reicher Nationen?
Das lässt sich so nicht behaupten. Aus meiner Sicht dienen sie der – oft zähen – Konsensbildung. Diese Institutionen sind sehr wichtig, aber ihre Positionen ändern sich im Lauf der Zeit. Die Weltbank hat sich beispielsweise im Zuge der Covid-19-Pandemie viel großzügiger zu Staatsschulden geäußert, als das früher der Fall war. Die Schwellen- und Entwicklungsländer lassen sich auch mittlerweile weniger gefallen. Andererseits behindert zunehmende politische Polarisierung die weltweit dringend nötige Zusammenarbeit. Der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt das besonders deutlich. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, die multilateralen Formate auch in Krisenzeiten nicht aufzugeben. Gerade inklusive demokratische Modelle wie das UN-Komitee für Ernährungssicherheit, in dem auch kleinbäuerliche und indigene Gemeinschaften vertreten sind, sollten gestärkt werden.

LINK
Welthungerindex 2022
https://www.globalhungerindex.org/download/all.html

MATHIAS MOGGE
ist Generalsekretär der Welthungerhilfe, die im Oktober zusammen mit Concern Worldwide den diesjährigen Welthungerindex veröffentlicht hat.
mathias.mogge@welthungerhilfe.de
Twitter: @MathiasMogge

Foto: Linear/Helmut Meyer zur Capellen; Portrait: Frommann Welthungerhilfe

Klein, aber hoch diversifiziert: Familienhof am Kilimandscharo.

KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

Unverzichtbare Überlieferung

Es mag erstaunen, aber die Zukunft der Menschheit hängt von armen Dorfgemeinschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern ab. Sie hüten wertvolle Ressourcen und unverzichtbares Wissen und sollten für diese wertvolle Dienstleistung belohnt werden.

Von Parviz Koohafkan

Traditionelle Landwirtschaft und Familienhöfe verdienen mehr Aufmerksamkeit. Die weltweite Ernährungssicherheit hängt von ihnen ab. Laut FAO (UN Food and Agriculture Organization) erzeugten Farmen mit weniger als fünf Hektar 2014 mehr als 70 Prozent der Nahrungsmittel weltweit. Weil ohne kleinbäuerliche Gemeinschaften die UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) unerreichbar bleiben, hängt die Zukunft der Menschheit von ihnen ab.

Traditionelle Familienbetriebe

- produzieren eine große Bandbreite gesunder Lebensmittel,
- sorgen für Beschäftigung, wo es wenig Arbeitsplätze gibt,
- nutzen und pflegen die agrarische Biodiversität und
- sind so gut an lokale Ökosysteme angepasst, dass sie deren Vorteile stärken.

Ihr althergebrachtes Wissen ist wertvoll, auch wenn manche Fachleute das nicht anerkennen. Tatsächlich beruhen aber moderne Agrarinnovationen auf diesen Kenntnissen. Wer Hochertragssorten züchtet, greift typischerweise auf das Genmaterial traditioneller Landsorten zurück.

Die Dorfgemeinschaften, um die es hier geht, sind meist sehr arm und gehören oft zu indigenen und anderen ausgegrenzten Gruppen. Es ist paradox: Extrem vernachlässigte Menschen halten existenziell wichtige Agrarsysteme aufrecht. Sie sollten dafür belohnt werden. Ihre Kultur darf jedenfalls auf keinen Fall unterdrückt oder verdrängt werden, sondern muss sich so weiterentwickeln, dass die Lebensqualität steigt.

Die Agrarpolitik folgt bislang einem falschen Modernitätsverständnis. Zu den Folgen des engen Fokus auf industriell betriebene Höfe mit möglichst hohen Erträgen gehören:

- nichtnachhaltige Methoden,
- übernutzte Ressourcen,
- erodierende genetische Vielfalt,
- degradierte Böden,
- die Einfuhr exotischer Nutzpflanzen und -tiere,
- verlorene Werte und Wissen,
- sozioökonomische Unsicherheit und
- Verdrängung marginalisierter Menschen.

So sind die Probleme der Menschheit nicht zu lösen. Ein anderes Konzept ist nötig.

Die traditionelle Landwirtschaft darf nicht geringgeschätzt werden. Sie sollte behutsam intensiviert werden. Dabei sollten Innovationen

- Auswirkungen auf die Umwelt reduzieren,
- zielgenau anwendbar sein und
- Verschwendung in Verarbeitung, Transport und Vermarktung verringern.

In vielen Weltgegenden sind die Agrartraditionen kollabiert oder verschwunden – und zwar vor allem in den vermeintlich hoch entwickelten Ländern. Es werden aber immer noch Millionen von Hektar traditionell bewirtschaftet – auf Terrassenfeldern, erhöhten Äckern, mit Mischkulturen (mit mehreren Pflanzenarten auf demselben Stück Land), Agro-Forstwirtschaft et cetera. Diese resilienten Systeme wurden über Jahrhunderte kreativ und kontinuierlich weiterentwickelt, um Meschen Nahrung und Überleben zu sichern.

Politisch wurden sie lange vernachlässigt. Priorität hatte die Ertragsmaximierung durch Intensivierung, Spezialisierung, Technisierung und Preissubventionen. Wie bereits ausgeführt, hatte das hohe ökologische und soziale Kosten. Die ländliche Ar-

Foto: FAO/Felipe Rodriguez

mut hat zugenommen und die Landflucht in städtische Slums angefeuert.

Kaum subventioniert wurden dagegen Kleinbetriebe mit Mischkulturen und mehreren Tierarten. Es gibt auch nicht viel Agrarforschung, die auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet wäre. Dementsprechend erodieren die Grundlagen alter ländlicher Kulturen und mit ihnen die von ihnen bewahrte biologische Vielfalt.

Um nachhaltige Landwirtschaftskonzepte zu entwickeln, sollte an inkrementell verbesserte Traditionen angeknüpft werden, dank derer die Landbevölkerung seit Jahrhunderten überlebt – und zwar sogar in ausgesprochen unfreundlichen Ökosystemen. Meist erfordern solche Agrarsysteme weder externen Input noch moderne Technik.

AN TRADITIONEN ANKNÜPFEN

Die Menschheit braucht stimmige Agrarkonzepte, um Armut abzuschaffen (SDG1) und Hunger zu beenden (SDG2). Andere SDGs wie Klimaschutz (SDG13) oder Ökosystemerhalt (SDG15) sind auch wichtig. Landwirtschaft muss produktiv, umweltfreundlich, genetisch vielfältig und sozial gerecht sein. Diesen Ansprüchen genügen die Agrartraditionen, welche Menschen durch die Geschichte ernährt haben und auch heute noch Massen von Menschen in armen Regionen ernähren. Deshalb hat der Autor bei der FAO vor 20 Jahren das GIAHS-Programm gestartet. Das Kürzel steht für Globally Important Agricultural Heritage System (weltweit bedeutsame Agrarerbe-Systeme – siehe Kasten nächste Seite).

Nachhaltigkeit muss lokal erreicht werden. Folglich muss die Landwirtschaft den sozialen und ökologischen Bedingungen vor Ort entsprechen. Seit Langem bewährte Praktiken sollten nicht abgelegt, sondern behutsam verbessert werden. Das ist eine schwierige Aufgabe, weil es keine Blaupausen für alle Situationen geben kann. Schließlich ist jedes Ökosystem irgendwie besonders. Das bedeutet, dass Wissenschaft und traditionelle Praxis zusammenkommen müssen, wofür es viele Hürden zu überwinden gilt. Diese Einsicht ist eine Grundlage der neuen Disziplin Agrarökologie.

Seit den 1980er Jahren wurden hunderte von agrarökologischen Projekten gestartet. Vorangetrieben haben sie kleinbäuerliche Verbände, visionäre Forschende und zivilgesellschaftliche Organisationen. In geringerem Maß waren auch Behörden beteiligt. Erfahrungsgemäß kann traditionelles Wissen die Forschung bereichern, und so lassen sich Erträge und Ernährungssicherheit verbessern. Sozioökonomisch wichtig ist obendrein, dass die junge Generation Perspektiven in den Dörfern erkennt. Denn sonst wandert sie ab, anstatt mit klugen Innovationen langfristige agrarische Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Marokkanische Ziegen klettern auf Arganbäume, um nährstoffreiche Blätter zu fressen – und eine lokale Tradition in China ist Fischzucht im Reisfeld.

Lokale Ernährungssouveränität ist wichtig. Sie beruht auf örtlicher Autonomie im Hinblick auf Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch. Ländliche Familien brauchen Zugang zu Land, Saatgut, Wasser, technischen Mitteln und Energie. Bewährt haben sich bei der Versorgung mit diesen Dingen Netzwerke der Betroffenen.

Lokale Ernährungssouveränität bedeutet auch, dass die Höfe nicht auf die Zulieferung von Saatgut oder Agrarchemikalien von großen multinationalen Konzernen angewiesen sein dürfen. Oft drängen solche Unternehmen ihre Kundschaft in die Abhängigkeit von Innovationen, die zwar Profite und Ernteerträge steigern, aber nicht unbedingt dem Wohlstand ländlicher Familien dienen. Weltweit sollte sich die Agrarforschung auf die Interessen von Klein- und Familienbetrieben konzentrieren.

Historisch belegt ist, dass Kleinlandwirtschaft wesentliche Beiträge dazu leistet,

- Armut zu lindern,
- Wachstum voranzutreiben,
- Arbeit zu schaffen und
- die Chancen ausgegrenzter Gemeinschaften zu verbessern.

Dafür muss die kleinbäuerliche Landwirtschaft politisch unterstützt und staatlich gefördert werden. Die ländliche Infrastruktur hat dabei eine zentrale Bedeutung. Die Politik sollte nie vergessen, dass kleine Höfe Nahrungsmittel für den örtlichen Bedarf produzieren, und zwar auf recht resiliente Weise. Zudem bilden sie ein soziales Sicherheitsnetz. Auch die Ernährungsvielfalt sollte bedacht werden. Denn die kluge Nutzung ökologischer Nischen durch den Anbau verschiedener Pflanzen und die Haltung mehrerer Tierarten stellt auf der lokalen Ebene eine nährstoffreiche Nahrungspalette bereit. Eine bestimmte Nutzpflanze statt einer anderen zu kultivieren, kann Nährstoffmangel verhindern.

Ländliche Gemeinschaften haben sehr vielfältige Landsorten über viele Generationen hinweg gezüchtet – mit wichtigen Eigenschaften, die zu unterschiedlichsten Umweltbedingungen passen. Das macht sie zur wertvollen Grundlage für die Züchtung von Hochertragssorten.

Ohne die pflanzengenetischen Ressourcen und das traditionelle Wissen marginalisierter und indigener Gemeinschaften ist globale Ernährungssicherheit nicht zu erreichen. Die Ernährungssicherheit dieser Gemeinschaften selbst hängt indessen von der graduellen Produktionssteigerung auf ihren Höfen ab.

Einige der ärmsten Menschen der Welt sorgen für den Erhalt wichtiger biologischer Ressourcen, sichern den Fortbestand von Ökosystemdienstleistungen und verstetigen kulturelle Kenntnisse. Ihre Lebensqualität zu steigern, ist der beste Weg, Hunger zu bekämpfen.

PARVIZ KOOHAFKAN ist Gründer und Vorsitzender der World Agricultural Heritage Foundation. Als Direktor der FAO (UN Food and Agriculture Organization) startete er vor 20 Jahren das Programm GIAHS (Globally Important Agricultural Heritage Systems).
parvizkoohafkan@gmail.com
https://worldagriculturalheritage.org/

Foto: cc/FAO; Parviz Koohafkan

Weltweit wichtiges Erbe

Die FAO (UN Food and Agriculture Organization) setzt sich für weltweit wichtige traditionelle Agrarsysteme (GIAHS – Globally Important Agricultural Heritage Systems) ein. Das sind ländliche Ökosysteme, in denen lokale Gemeinschaften in enger Verbindung mit der Natur leben. Bislang wurden fast 70 solcher Gebiete in 22 Ländern offiziell anerkannt. Sie zeichnen sich durch besondere Kulturen, Agrarbiodiversität und Landschaften sowie uraltes, überlieferten Wissen aus.

Jahrhundertelang haben Generationen von Menschen, die Feldbau, Fischfang, Herdenhaltung und Forstwirtschaft betrieben, komplexe Produktionsweisen gepflegt, die den örtlichen Umweltbedingungen entsprechen und für basale Lebensgrundlagen sorgen. Sie erhielten zugleich die natürlichen Ressourcen, einschließlich der genetischen Vielfalt.

Anerkennung und der Schutz solcher Gebiete sind der Zweck des GIAHS-Programms. Das entspricht verschiedenen internationalen Abkommen wie der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD – Convention on Biological Diversity) oder dem internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Nahrung und Landwirtschaft (ITPGRFA – International Treaty on Plant Genetic Ressources for Food and Agricutlure). Auch nationalstaatliche Institutionen und internationale Organisationen müssen Verantwortung übernehmen.

Ein GIAHS darf nicht als Museum missverstanden werden. Es ist kein unveränderliches UNESCO-Weltkulturerbe. Die örtlichen Gemeinschaften haben ihre Traditionen in kleinen Schritten immer weiter verbessert und müssen das auch weiter tun, wenn ihre Gebiete nicht ökologisch und ökonomisch verarmen sollen. Die Lebensfähigkeit ihrer Ökosysteme beruht auf der Fähigkeit der Menschen, sich neuen Herausforderungen zu stellen ohne natürliche Ressourcen, kulturelle Werte oder Produktionspotenzial zu opfern. Sie verdienen Unterstützung bei der Steigerung der Erträge von Feldern, Herden, Fischfang und Wäldern.

Philippinische Reisterrassen.

Es geht darum, Entwicklung und Bewahrung zu verbinden, was aber nicht immer kompatibel ist. Deshalb muss geprüft werden, was die biologische Vielfalt und das traditionelle Wissen beeinträchtigen kann. Die Produktivität muss wachsen, ohne dass eines von beidem leidet. Derweil sollten die Menschen bei der nachhaltigen Ressourcennutzung auch für den Erhalt von Ökosystemdienstleistungen bezahlt werden. Auch Ökotourismus und Ökolabel können sich finanziell auszahlen.

Auf nationaler und internationaler Ebene hat sich die Politik allzu lang auf industriell betriebene Landwirtschaft konzentriert (siehe Hauptessay). Tatsächlich überlebt ein GIAHS heute typischerweise in einer schwierigen Umwelt, in der diese gar nicht möglich ist. Allerdings stehen die ländlichen Gemeinschaften wegen Weltmarkttrends, Armut und Bevölkerungswachstum unter großem Druck. Schädlich ist auch fehlgeleitete Gesetzgebung – etwa durch gemeinschaftsschädliche Eigentumsrechte.

Das Ziel muss menschliche Entwicklung sein. Das traditionelle Wissen ist wichtig, weil Resilienz und Nachhaltigkeit auf ihm beruhen. Allzu oft bekommen aber traditionelle Institutionen nicht den Respekt, den sie verdienen.

Es geht um die Zukunft, nicht um die Vergangenheit. Die Resilienz und Nachhaltigkeit jedes Agrarsystems hängen von seiner Vielfalt und der Anpassung an die Umwelt ab. Jedes GIAHS hat eine reiche und besondere biologische Vielfalt, und auch die genetische Diversität der einzelnen Spezies ist hoch. Die traditionellen Kulturen haben ganze Landschaften geprägt, gehen oft auf antike Zivilisationen zurück und sind mit den Ursprungsorten verbunden, wo bestimmte Pflanzen- und Tierarten zuerst gezüchtet wurden. Es ist wichtig, dass dies in der lebendigen Umwelt weiter geschieht, denn was in Genbanken gelagert ist, nimmt an der fortlaufenden Evolution nicht teil.

Es gibt keine vorgestanzten Lösungen. Interventionen müssen den örtlichen Gegebenheiten entsprechen, und die dortigen Menschen müssen an den Entscheidungen beteiligt sein. Sie zu unterstützen, erfordert also viel Zeit, Geld und Pläne für dynamische Konservierung. Eingriffe müssen flexibel und experimentell angelegt sein.

Leider hat sich die FAO bisher mehr darauf konzentriert, die Zahl der registrierten GIAHS zu steigern, als die örtlichen Gemeinschaften zu fördern und für Aktionspläne zu sorgen. Wichtig ist zudem, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, dass jedes GIAHS wegen seines Beitrags zum globalen Gemeinwohl geschützt werden muss. PK

LINK

FAO: Das GIAHS-Programm.
https://www.fao.org/giahs/en/

Foto: Parviz Koohafkan

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.

Media Production · Frankfurt am Main · 414 followers

See all 7 employees on LinkedIn

+ Follow | Visit website | More

Home | About | Posts | Jobs | People

Page posts

D+C Development and Cooperation
414 followers
3h •

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d… ...see more

EU must not simply watch Tunisia's democracy die
D+C Development and Cooperation on LinkedIn • 3 min read
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie…

Like | Comment | Share | Send

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | E+Z

Eine gesunde, plastikfreie und biodiverse Natur ist entscheidend für das Überleben der Menschheit. **Seite 12**

Foto: Paulo de Oliveira/Biosphoto/Lineair